



Nr. 161 | 13.01.2024

Zentralasien-Analysen

- Baumwollsektor in Usbekistan
- Zivilgesellschaft

■ ANALYSE

Ausbeutung ohne Zwangsarbeit: Usbekistans Baumwollsektor zwischen staatlicher Einmischung und Reformdefizit 2
Von Umida Niyazova
(Uzbek Forum for Human Rights, Berlin)

■ ANALYSE

Die Entwicklung der Zivilgesellschaften in Zentralasien 6
Fragen, Herausforderungen und Perspektiven
Von Mahabat Sadyrbek
(Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle)

■ CHRONIK

17. Oktober – 17. Dezember 2023 11
Kasachstan 11
Kirgistan 16
Tadschikistan 20
Turkmenistan 23
Usbekistan 27

Ausbeutung ohne Zwangsarbeit: Usbekistans Baumwollsektor zwischen staatlicher Einmischung und Reformdefizit

Von Umida Niyazova (Uzbek Forum for Human Rights, Berlin)

DOI: 10.31205/ZA.161.01

Zusammenfassung

Der Baumwollsektor Usbekistans gilt als herausragendes Beispiel für den Erfolg der landesweiten Reformen, die 2016 von Präsident Mirsijojew angestoßen wurden. Tatsächlich schien die Regierung bisher aktiv gegen jene strukturellen Faktoren vorzugehen, die einst den repressiven Charakter des Baumwollsektors definiert haben. Um die staatliche Kontrolle über den Baumwollsektor zu lockern und der früher weitverbreiteten Zwangsarbeit entgegenzuwirken, wurden u. a. Produktions- und Verkaufsquoten abgeschafft und private Firmen für den Ankauf und die Weiterverarbeitung von Baumwolle gegründet. Trotz dieser positiven Dynamik mangelt es an der Reformumsetzung, weshalb der Staat indirekt weiterhin große administrative Kontrolle über Ernte, Distribution und Verkauf ausübt. Die Baumwollernte im Jahr 2023 war geprägt von einer katastrophalen Mischung aus Arbeitskräftemangel, staatlichen Einmischungen und administrativen Druck auf Landwirte. Im Ergebnis bleibt der usbekische Baumwollsektor anfällig für repressive Tendenzen und Muster struktureller Ausbeutung. Wenn die Regierung das im Ausland neugewonnene Vertrauen behalten will, müssen verabschiedete Reformen dringend weiter umgesetzt werden.

Lokalbeamte als Empfänger und Agenten administrativer Kontrolle

»Ihr seid Idioten! Ihr seid gewissenlos! Ihr seid faul! Ihr seid nicht in der Lage, Leute zum Baumwollpflücken zu holen! Wenn ihr keine Pflücker finden könnt, solltet ihr den Job hinschmeißen. Die Baumwolle ist reif und muss gepflückt werden. Warum seid ihr nicht in der Lage, mehr Pflücker zu finden?« Mit diesen Worten richtete sich der Gouverneur (Hokim) des Bezirkes Usbekistan (Gebiet Fergana), Schersod Juldaschew, Ende September 2023 an ein routinemäßiges Treffen im Hauptgebäude der Bezirksverwaltung, das im Rahmen der Baumwollernte einberufen wurde. Die Rüge des Gouverneurs gegenüber seinen anwesenden Assistenten und Beamten aus den Mahallas (Lokalgemeinden unter dem Vorsitz von quasi-staatlichen Kommissionen) hatte, wie so oft im Kontext usbekischer Lokalpolitik, gleichermaßen persönliche wie berufliche Gründe. Usbekische Hokime können es sich nach wie vor nicht erlauben, hinter die Vorgaben des staatlich verfügbaren Zeitplans für die Baumwollernte zurückzufallen. Wenn die Baumwollernte nicht im per Plan normierten Zeitrahmen gelingen sollte, steht schließlich nicht nur ihre Karriere, sondern im schlimmsten Fall auch ihre Freiheit auf dem Spiel.

In Usbekistan wird Baumwolle vorwiegend per Hand gepflückt. An der Ernte von durchschnittlich 3,6 Mio. t Baumwolle sind offiziellen Angaben zufolge jährlich rund zwei Millionen Pflücker:innen beteiligt. Baumwolle muss so schnell wie möglich geerntet werden, bevor der Herbstregen einsetzt. Daher sind Hokime im September und Oktober in der Regel vollauf damit beschäftigt, die Baumwollernte zu organisieren, unge-

achtet des Umstandes, dass der Baumwollsektor 2017 formell privatisiert wurde.

Bei täglichen Treffen müssen lokale Verwaltungsbeamte gegenüber ihren Vorgesetzten die Menge der zuletzt geernteten Baumwolle angeben. Sie müssen auch berichten, wie viele Baumwollpflücker:innen in jedem Bezirk benötigt werden, um die vom Staat festgelegten Erntemengen zu erreichen. Zwar wurden Erntequoten 2020 offiziell abgeschafft, Landwirte sind jedoch noch immer dazu verpflichtet, jedes Jahr eine gewisse Menge Baumwolle zu produzieren, was von lokalen Behörden penibel überwacht wird. Beamte, die hinter den Vorgaben zurückbleiben, müssen sich persönlich bei speziellen Treffen einfinden, auf denen sie dann von Schuchrat Ganijew, dem für Landwirtschaft und Baumwolle zuständigen Berater des Präsidenten, gedemütigt und bedroht werden.

2023 wurde die Baumwollernte in der ersten Novemberwoche abgeschlossen. In vielen Bezirken war die Ernte von einem großen Mangel an Pflücker:innen geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bezahlung der Pflücker:innen nicht angestiegen, während die hohe Inflation zu einem elfprozentigen Preisanstieg bei Lebensmitteln geführt hat. In den Jahren zuvor hatte es noch beträchtliche Lohnerhöhungen gegeben, um eine ausreichende Anzahl Freiwilliger zu gewährleisten. Wer also bisher die Baumwollernte als willkommene Einkommensquelle betrachtet hatte, ging 2023 lieber zu anderen Farmen, die bei der Bohnen- oder Nussernte mehr Lohn zahlten.

Der kritische Mangel an Pflücker:innen sorgte in einigen Bezirken für Panik unter den Verwaltungsbeam-

ten. Daher wies Ganijew die Hokime an, privaten Unternehmen aus größeren Baumwollproduktions-Clustern zu gestatten, zur Unterstützung der Baumwollernte landwirtschaftliche Maschinen auf die Felder zu schicken. Die für die Felder verantwortlichen Landwirte selbst wurden nicht gefragt, ob sie damit einverstanden sind. Ganijew hat diesen fragwürdigen Schritt schließlich mit dem Argument gerechtfertigt, dass die Landwirte vertraglich dazu verpflichtet seien, an die entsprechenden Produktions-Cluster zu liefern; wenn die Landwirte nicht in der Lage seien, zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen ausreichend Pflücker:innen zu rekrutieren, müssten sie eben damit leben, dass die Cluster die Ernte mit ihren Maschinen selbst einholen.

Repressionen als Damoklesschwert

Im September 2023 ging ein Online-Video viral, das von einem hybriden Treffen zum Ernteverlauf geleakt wurde. Das Video zeigt Ganijew bei der Erteilung einer schweren Rüge gegenüber den Gebietsgouverneuren wegen des schleppenden Tempos bei der Baumwollernte. Man hört Ganijew, wie er die Gouverneure hemmungslos beleidigt und erniedrigt. Hier wird deutlich, wo der Druck, den Gouverneure wie Juldaschew an ihren Untergebenen ablassen, seinen Ursprung hat. Wie später Juldaschew bei dem Treffen unter seinem Vorsitz bezeichnet Ganijew die Anwesenden als unfähig und gewissenlos. Ganijew droht den Gouverneuren mit Entlassung oder sogar Strafverfahren, sollten sie es weiterhin nicht schaffen, genügend Pflücker:innen zu rekrutieren. An dem Beispiel zeigt sich auch, wie Gebietsgouverneure und Bezirks-Hokime nicht trotz sondern gerade wegen der Reformen noch weiter unter Druck geraten. Im Gegensatz zu früher verlangt die Regierung in Taschkent, dass die Hokime einen Weg finden die Baumwolle ohne Anwendung von Zwang zu ernten. Für die Bezirks-Hokime und Mahalla-Beamten stellt sich diese Doppelanforderung von höchster Stelle als Dilemma dar: entweder sie setzen auf die Erfüllung der Erntepäne durch den bewährten Rückgriff auf Zwangsarbeit, oder sie riskieren die Erntepäne zu verfehlen. In beiden Fällen drohen repressive Disziplinarstrafen.

Traditionell waren die Mahalla-Kommissionen, die über weitreichende Befugnisse wie die Auszahlung von Sozialleistungen verfügen, für die Mobilisierung von Baumwollpflücker:innen zuständig. Auch 2023 hatten Mahalla-Beamte den Auftrag, arbeitslose Bewohner:innen, die Sozialleistungen beziehen, ausfindig zu machen und für die Baumwollernte zu verpflichten. Bei Nichterfüllung des Auftrags droht diesen Beamten ebenfalls Entlassung. »Unsere Hauptwaffe ist das Kindergeld«, hat ein Mahalla-Beamter im Gebiet Fergana gegenüber dem Uzbek Forum for Human Rights eingeräumt. »Wenn wir damit drohen, die Zahlung des Kin-

dergelds zu stoppen, sind Frauen eher bereit, zur Baumwollernte auf die Felder zu gehen. Aber ich versuche lieber, die Leute mit Geschenken in Form von Zusatzzahlungen zu motivieren. Wenn es uns zum Beispiel gelingt, einen Unternehmer als Sponsor gewinnen, können wir Frauen, die über 70 Kilogramm pro Tag pflücken, eine Flasche Öl anbieten«.

Defizite bei der Reformumsetzung

Das Uzbek Forum for Human Rights (dessen Direktorin die Autorin des Beitrags ist), hat über die vergangenen elf Jahre hinweg den Einsatz von Zwangsarbeit im Baumwollsektor des Landes verfolgt. Das Monitoring reicht bis in die Zeit zurück, in der jedes Jahr rund eine Million Kinder vom Staat gezwungen wurden, Baumwolle zu pflücken. In den letzten fünf Jahren hat sich die Lage schrittweise verbessert. Der Staat begann seine Monopolstellung im Baumwollsektor aufzulösen, während Reformen angestoßen wurden, um die zentral organisierte Zwangsarbeit auf den Feldern zu beseitigen.

Bei der Auswertung des Monitoring zur Ernte 2022 kam das Uzbek Forum for Human Rights zu dem Schluss, dass der Staat zum zweiten Jahr in Folge auf die zwangsmäßige Mobilisierung von Pflücker:innen für die Ernte verzichtet hat. Das veranlasste die Cotton Campaign Coalition dazu, den weltweiten Boykott von usbekischer Baumwolle durch über 300 Marken und Einzelhandelsketten zu beenden. Es wurde jedoch auch explizit angemahnt, dass wenn die Reformen den erreichten Fortschritt absichern sollen, sie von politischen Reformen begleitet werden müssen. Aus dieser Einschätzung wurde auch die Empfehlung abgeleitet, Einmischungen von staatlicher Seite zu beenden.

Die fehlenden Baumwollpflücker:innen im Jahr 2023 sind symptomatisch für ein bisher nicht gelöstes strukturelles Problem im Baumwollsektor Usbekistans. Im März 2020 hat Präsident Mirsijojew die sogenannten Staatsquoten für die Baumwollproduktion offiziell per Dekret abgeschafft. Der Baumwollsektor ging daraufhin zu einem neuen System über, in dem Landwirte dazu verpflichtet wurden, Lieferverträge mit Baumwollproduktions-Clustern abzuschließen. Theoretisch konnten sich die Landwirte auch aussuchen, welches regionale Cluster sie fortan beliefern würden. Trotz ihrer offiziellen Abschaffung wurden die staatlich festgelegten Erntequoten faktisch jedoch beibehalten, allerdings werden diese nun als »prognostizierte Zahlen« für die Baumwollproduktion ausgegeben. Die staatliche Einmischung hält damit weiter an. Auch wurde das problematische »Zuteilungs«-System beibehalten, das von Landwirten einen Mindestanbau von Weizen und Baumwolle verlangt, ganz gleich ob ihr gepachtetes Land überhaupt dafür geeignet ist. Es ist schließlich das Regularium dieser staatlichen »Zuteilung«, das den Landwirten vor-

schreibt, Verträge mit den regionalen Clustern abzuschließen, selbst wenn diese die von den Landwirten gelieferte Baumwolle wiederholt nicht bezahlt haben.

Im Ergebnis herrscht ein System der anhaltenden Kontrolle mit indirekten Mitteln durch die Behörden vor. Die heteronom gestellte Anforderung nach strikter Einhaltung der Baumwollerntepläne verleitet Verwaltungsbeamte dazu, auf bewährte Praktiken zurückzugreifen, um die Erfüllung der »prognostizierten Zahlen« zu gewährleisten. Allerdings werden im Gegensatz zur damaligen Mobilisierung mittels zentral angeordneter Zwangsmaßnahmen, die niemandem verborgen blieben, heute weniger offensichtliche Methoden eingesetzt. Um ihre eigene Haut zu retten greifen diese Beamten schließlich auf lokale Systeme der öffentlichen Infrastruktur zurück. Sie zwingen staatliche Unternehmen wie Banken, Postfilialen, Strom- und Gasversorger dazu ihre Angestellten anzuweisen, zugunsten einer erfolgreichen Baumwollernte auf einen Teil ihres Monatsgehältes (manchmal bis zur Hälfte) zu verzichten. Aus diesen zurückgehaltenen Löhnen werden dann finanzielle Anreize für freiwillige Pflücker:innen in Form von Zusatzzahlungen. Einem geleakten Dokument zufolge haben die Beamten einer Bezirksverwaltung im Gebiet Namangan am 4. Oktober 2023 die regionalen Filialen von 13 Banken angewiesen, auf diese Art 1.850 Pflücker:innen zu rekrutieren, wobei am Ende 1.448 Pflücker:innen rekrutiert wurden.

Es handelt sich also um eine Form der administrativ erzwungenen Mobilisierung mit diskretem Charakter, wobei die Mobilisierung der Pflücker:innen indirekt über die finanzielle Zwangsverpflichtung von staatlichen Angestellten geschieht. Die Angestellten staatlicher Unternehmen, die zum Verzicht auf einen Teil ihres Gehältes genötigt werden, wollen oft nicht über die Situation reden. Ähnlich verhält es sich mit Beamten selbst. Ein Polizist im Bezirk Pop (Gebiet Namangan) negierte gegenüber dem Uzbek Forum, von Vorgesetzten dazu genötigt worden zu sein, Pflücker:innen auf die Felder zu bringen. Allerdings belegt eine Journalisten geleakte Audioaufnahme deutlich, dass die Polizeiführung des Bezirkes Pop auf beleidigende Weise und unter Strafantrohung von ihren Beamten verlangt hat, täglich drei bis vier Pflücker:innen auf die Felder zu bringen.

Ausbeutung von Landwirten unter marktwirtschaftlichen Bedingungen

Für die Ernte 2023 wurden die bisher geltenden, staatlich festgelegten Mindesteinkaufspreise für Baumwolle abgeschafft. Laut Landwirtschaftsministerium bilden sich Einkaufspreise für Baumwolle fortan durch die Aushandlung zwischen Käufern (Baumwoll-Cluster) und Verkäufern (Landwirte) entsprechend den Geset-

zen des freien Marktes mit den bestimmenden Faktoren Rohstoffqualität, Anbaukosten und dem aktuellen Weltmarktpreis für Baumwolle. Wie in Marktwirtschaften als solchen zeigt sich jedoch auch hier, dass es beim freien Tausch scheinbar kommensurabler Waren gleichzeitig mit rechten Dingen und nicht mit rechten Dingen zugeht, da die formale Gleichheit der Marktteilnehmer nur leidlich dahinterstehende Abhängigkeitsverhältnisse zu verschleiern vermag. So sind die usbekischen Landwirte, die aufgrund wirtschaftlicher Sachzwänge in der Regel nicht frei entscheiden können, welches Cluster sie beliefern, in einer derart prekären Marktposition, dass sie oft keine andere Wahl haben, als den vom Cluster diktierten Preis zu akzeptieren. In den meisten Fällen erfahren die Landwirte den geltenden Einkaufspreis erst *nachdem* sie einen Großteil oder gar ihre gesamte Baumwolle geliefert haben.

Bisher hat keine Reform zur Modernisierung des Baumwollsektors die vulnerable Lage der Landwirte berücksichtigt. Ihre Pachtverträge werden weiterhin von den Lokalverwaltungen ausgestellt und können jederzeit widerrufen werden, was oft bei Nichterfüllung der Mindestanbauquoten für Weizen, Baumwolle und Seide passiert. Während die Landwirte für die Bestellung ihres Landes früher auf finanzielle Unterstützung von staatlicher Seite angewiesen waren, sind sie nun direkt von den Clustern abhängig. Diese können ihre Bedingungen, etwa bei der Vergabe von Vorfinanzierungskrediten oder die Preise für kritische Betriebsstoffe wie Dünger und Benzin, frei diktieren. Auch hier findet wieder staatliche Einmischung durch lokale Verwaltungsbeamte statt, die mittels administrativer Maßnahmen sicherstellen, dass die Landwirte Blankoverträge ohne garantierten Mindestpreis mit den Clustern abschließen. Vor dem Hintergrund der Auflage, die Baumwolle täglich liefern zu müssen, was die Treibstoffkosten erhöht und die Arbeitstage verlängert, diktiert die räumliche Distanz zwischen Farmen und Clustern den Landwirten, mit welchem Cluster im Bezirk sie den Vertrag abschließen.

Trotz aller Versprechen, die Umstände der usbekischen Landwirte durch Reformen zu verbessern, hat sich ihre Situation nicht wesentlich verbessert, eher im Gegenteil. Die marktwirtschaftliche Transformation des usbekischen Baumwollsektors hat sie in eine Lage zwischen Skylla und Charybdis gebracht, mit dem Staat auf der einen Seite, der das Land zum Anbau von Baumwolle und Weizen zuteilt, und den Clustern auf der anderen Seite, an die sie die Baumwolle verkaufen müssen. Die Weigerung, mit einem Cluster einen Liefervertrag abzuschließen, kann die Aufkündigung des Pachtvertrags und damit den Verlust der eigenen Existenzgrundlage nach sich ziehen. Entgegen der Hoffnungen auf eine Stärkung der eigenen Position sind die Landwirte vollständig von der Gnade der Cluster abhängig, wel-

che den Staat als neue Dominanzakteure im Baumwollsektor Usbekistans abgelöst haben.

Fazit: ein System ohne Ausweg?

Usbekische Landwirte haben dem Uzbek Forum gegenüber erklärt, dass die einzige Möglichkeit, sich dem vorherrschenden Cluster-System zu entziehen, in der Gründung von unabhängigen Kooperativen besteht. Heute sind in Usbekistan rund 30 Baumwollkooperativen registriert, von denen aber nur 13 tatsächlich aktiv sind. Und auch sie sind dem Risiko einer willkürlichen Schließung durch die Behörden ausgesetzt. Im September 2023 gab ein Wirtschaftsgericht im Gebiet Namangan einer Klage von lokalen Verwaltungsbeamten statt und ordnete die Schließung einer aus 17 Farmen bestehenden Baumwollkooperative an. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf ein Präsidialdekret aus dem Jahr 2019, demzufolge »freiwillige Kooperativen in Bezirken gegründet werden sollen, in denen keine Cluster existieren.« Auf dieser Grundlage beharren Lokalverwaltungen darauf, dass Kooperativen nicht in Bezirken existieren können, in denen bereits Cluster tätig sind. Dadurch werden Landwirte effektiv im ausbeuterischen Cluster-System gehalten. Auch sind Landwirte von Kooperativen der erniedrigenden Behandlung durch lokale Verwaltungsbeamte ausgesetzt, wobei Fälle von Baumwolldiebstahl und physischer Gewaltanwendung bekannt sind.

Am 9. November 2023 berichteten die usbekischen Medien über ein Treffen, bei dem Präsident Mirsijojew ankündigte, dass Landwirte die »teilweise Freiheit« erhalten, überschüssige Baumwolle an der Börse verkaufen zu dürfen, was bisher verboten war. Darüber hinaus sollen zinsgünstige Darlehen fortan direkt an die Landwirte und nicht mehr über die Baumwoll-Cluster vergeben werden. Darauf vom Uzbek Forum ange-

sprochene Landwirte stehen den angekündigten Änderungen jedoch skeptisch gegenüber, da die Verpflichtung zum Anbau von Baumwolle bestehen bleibt und auch weiterhin der früher garantierte Mindestabnahmepreis für Baumwolle fehlt.

Der Zustand des usbekischen Baumwollsektors steht symbolhaft für das sorgfältig geschmiedete Image eines »neuen Usbekistan«, das im Kern jedoch weitgehend das alte bleibt. Die Regierung hat schnell gelernt, mit welchen Tricks internationale Standards oberflächlich zu befriedigen sind: Der Baumwollsektor ist zwar formal privatisiert worden, bleibt durch administrative Einmischungen aber eng an der Kandare staatlicher Kontrollmaßnahmen. Die Eliminierung der Zwangsarbeit im Baumwollsektor Usbekistans gilt als Vorzeigerfolg des 2016 eingeschlagenen Reformkurses und hat usbekische Baumwolle wieder zurück auf die europäischen und nordamerikanischen Märkte gebracht, von denen sie lange Zeit verbannt war. Sollte das positive Momentum der Reformen nicht aufrechterhalten werden können, besteht das Risiko, dass das neugewonnene Vertrauen der ausländischen Investoren und Markenunternehmen, die Usbekistan zuletzt als Handelspartner und Beschaffungsmarkt entdeckt haben, wieder zerstört wird. Die Regierung muss anerkennen, dass die anhaltende staatliche Einmischung, exzessive administrative Kontrolle durch Lokalverwaltungen und die strukturelle Ausbeutung der Landwirte durch das Cluster-System die erreichten Fortschritte langfristig gefährden. Diesem akuten Risiko für die künftige Entwicklung des usbekischen Baumwollsektors kann nur durch die Verabschiedung weiterer Reformen und die konsequente Umsetzung bestehender Reformen entgegengewirkt werden.

Aus dem Englischen von Hartmut Schröder

Über die Autorin

Umida Niyazova ist Menschenrechtsverteidigerin aus Usbekistan und leitet die in Berlin ansässige NGO Uzbek Forum for Human Rights. Sie wurde 2007 in Taschkent wegen ihrer Arbeit festgenommen und zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt. Durch internationalen Druck konnte sie das Gefängnis nach vier Monaten verlassen und 2009 nach Berlin ausreisen. Dort gründete sie das Uzbek Forum, das die Menschenrechtsslage in Usbekistan mit Mitarbeitern vor Ort beobachtet.

Die Entwicklung der Zivilgesellschaften in Zentralasien

Fragen, Herausforderungen und Perspektiven

Von Mahabat Sadyrbek (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle)

DOI: 10.31205/ZA.161.02

Zusammenfassung

Nelson Mandela hat die Zivilgesellschaft einmal als »das Gewissen der Nation« bezeichnet, um ihre herausragende Bedeutung für moderne politische Gemeinwesen zu unterstreichen. Die Zivilgesellschaft agiert als Schnittstelle zwischen Bürgern und Staat, indem sie politische Entscheidungen überwacht sowie soziale Anliegen identifiziert und öffentlich kommuniziert. Der Beitrag untersucht, inwieweit zentralasiatische Zivilgesellschaften angesichts einer anhaltenden Autokratisierung in der Region noch ihrer Rolle als »Gewissen« nachkommen können und inwieweit sie mit ihren Schutz-, Vermittlungs-, Sozialisierungs-, Kommunikations- und Integrationsfunktionen Einfluss auf soziale Veränderungen nehmen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen für zentralasiatische Zivilgesellschaften werden Hindernisse beleuchtet, welche die effektive Wirksamkeit von horizontaler bürgerlicher Organisation hemmen, und Möglichkeiten zur Unterstützung zentralasiatischer Zivilgesellschaften aufgezeigt.

Der Kontext zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Zentralasien seit 1991

Die Geschichte zentralasiatischer Zivilgesellschaften seit 1991 ist geprägt von einer Reihe sozio-kultureller Transformationen, politischer Aushandlungsprozesse und wirtschaftlicher Faktoren. Mehr als 30 Jahre nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit verzeichnet der zentralasiatische Raum laut Freedom House den niedrigsten Gesamtgrad an bürgerlichen und politischen Freiheiten. Trotzdem befinden sich die Zivilgesellschaften von Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan aufgrund unterschiedlicher politischer Rahmenbedingungen für liberale Reformen seit den 1990er Jahren heute auf unterschiedlichen Entwicklungsstadien mit unterschiedlichen Entwicklungspotentialen. Die Vielfalt der zentralasiatischen Zivilgesellschaften und der Grad ihrer Entfaltungsmöglichkeiten spiegeln die Unterschiede zwischen den politisch-wirtschaftlichen Systemen und strukturellen Gegebenheiten unter den einzelnen Ländern der Region wider. Bei allen Staaten in Zentralasien handelt es sich um autoritäre Präsidialsysteme mit unterschiedlich ausgeprägtem Grad an personalisierter Herrschaft auf der Grundlage von Populismus, Neopatrimonialismus und Klientelismus. Ebenso facettenreich sind die wirtschaftlichen Systeme und Modelle in der Region: Während Turkmenistan weiterhin stark auf natürliche Ressourcen wie Erdgas setzt, bemühen sich Kasachstan und Usbekistan um Reformen zur Anziehung von Investitionen und wirtschaftlichen Öffnung und Diversifizierung. Kirgistan und Tadschikistan wiederum bleiben größtenteils von den Rücküberweisungen ihrer im Ausland arbeitenden Migranten abhängig. Trotz dieser allgemeinen Unterschiede weisen die einzelnen Zivilgesellschaften

Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und Organisationsstrukturen auf, was sich auch an den ähnlichen Themen zeigt, an denen zivilgesellschaftliche Akteure in Zentralasien arbeiten.

Zusammensetzung und Strukturen der Zivilgesellschaften

Die Zivilgesellschaften der zentralasiatischen Länder sind geprägt von einem breiten Spektrum an involvierten Akteuren und Initiativen. Zu diesen gehören Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Verbände, Gewerkschaften, Glaubens- und Interessensgemeinschaften sowie unabhängige und soziale Medien. Darüber hinaus tragen klassische *single-issue*-Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und Verwandtschaftsgruppen zur Vielfalt und Dynamik der zentralasiatischen Zivilgesellschaften bei. Bildungseinrichtungen und akademische Institutionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Wissen und Kompetenzen, die zur Stärkung der Zivilgesellschaft beitragen. Einzelpersonen wie Journalisten, Blogger, Künstler und Influencer haben ebenfalls erheblichen Einfluss auf die Zivilgesellschaft, da sie durch ihre Arbeit die öffentliche Meinung beeinflussen und wichtige Themen in den Fokus rücken. Ihr Engagement und ihre kritische Stimme sind zentrale Bestandteile des zivilgesellschaftlichen Diskurses. Die internationale Gemeinschaft, internationale Organisationen und bilaterale Geber unterstützen Projekte und Programme, die auf den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Kapazitäten abzielen. Dies geschieht durch finanzielle Unterstützung, Schulungen und die Entwicklung von Fähigkeiten, um die Wirksamkeit und Unabhängigkeit der zivilgesellschaftlichen Akteure in der Region zu fördern. Auch die zentralasiatischen Gemeinschaften im

Ausland sind ein wichtiger Bestandteil der Zivilgesellschaft. Sie leisten nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern sind auch in Krisenzeiten und Situationen politischer Veränderungen aktiv involviert, um Heimatprojekte und Bürgerinitiativen zu fördern.

Mechanismen, Ausdrucksformen und Instrumente

Die Mechanismen und Instrumente der Zivilgesellschaften in Zentralasien weisen einige bedeutsame Merkmale auf. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sehen ihre Rolle darin, staatliche Schwachstellen aufzuzeigen oder auszugleichen. Dies geschieht durch verschiedene Mittel wie Bildung, Beratung, Aufklärung, Rechtshilfe, soziale Dienste und Lobbyarbeit. Ein weiterer bedeutsamer Aspekt sind friedliche Versammlungen und Demonstrationen, die als wichtige Werkzeuge dienen, um die Anliegen der Zivilgesellschaft auszudrücken und politischen Druck auszuüben. In einigen Ländern in Zentralasien sind diese Rechte jedoch eingeschränkt. Kirgistan ist für seine Tradition von sowohl friedlichen als auch nicht friedlichen Protesten bekannt, die für die drei revolutionären Machtwechsel seit der Unabhängigkeit eine zentrale Rolle gespielt haben. Manchmal gibt es auch konsultative Referenden und Volksabstimmungen, bei denen Bürger über wichtige Verfassungsänderungen abstimmen können, wie 2021 in Kirgistan und Kasachstan. Außerdem können Bürger gelegentlich Online-Petitionen einreichen, um spezifische Anliegen vorzubringen und den Dialog mit der Regierung zu suchen. In Usbekistan gibt es beispielsweise ein eigenes System für die Einreichung von Online-Petitionen über die offizielle Website des Präsidenten. Des Weiteren setzen fast alle Länder Beratungsgremien und Bürgerbeiräte ein, um die Zivilgesellschaft, zumindest formal, in politische Entscheidungen einzubeziehen. Beispiele hierfür sind die *Kurultai* in Kirgistan und Kasachstan. Soziale Medien spielen eine entscheidende Rolle für die Zivilgesellschaften, indem sie die Verbreitung von Informationen, Vernetzung und Bürgerjournalismus ermöglichen. Schließlich veranschaulichen Einzelaktionen wie die »Anti-Matraimow-Kampagne«, eine Initiative in Kirgistan zur Bekämpfung von Korruption im Zusammenhang mit dem ehemaligen stellvertretenden Leiter der Zollbehörde, Raimbek Matraimow, dass sie, besonders wenn sie in den sozialen Medien und in der Bevölkerung Unterstützung erfahren, zu größeren Bürgerbewegungen heranwachsen können.

Themen und Arbeit der Zivilgesellschaft

In der Region sind einige länderübergreifende Themen von herausragender Bedeutung für die Zivilgesellschaften. Hierzu gehören insbesondere die Förderung und

Verteidigung der Menschenrechte, inklusive der Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Dies beinhaltet auch die Überwachung von Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung von Opfern. Weitere Bemühungen umfassen die Stärkung demokratischer Institutionen, die Förderung freier und fairer Wahlen sowie den Kampf gegen Korruption. Zusätzlich konzentrieren sich die Zivilgesellschaften auf die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und sozialen Gerechtigkeit. Gleichzeitig besteht ein dringender Bedarf, die Umwelt vor den negativen Auswirkungen von Bergbau, Landwirtschaft und Wasserverschmutzung zu schützen. Die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen im Mittelpunkt zivilgesellschaftlicher Bemühungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Im Gesundheitswesen wird die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten und der Kampf gegen Gesundheitsprobleme wie HIV/AIDS und Tuberkulose priorisiert. Ebenso ist der Zugang zu Bildung für alle Bevölkerungsgruppen und die Verbesserung des Bildungssystems ein essentielles zivilgesellschaftliches Anliegen. Auch setzen sich zivilgesellschaftliche Organisationen für die Rechte und das Wohlergehen von Migranten und Flüchtlingen angesichts der Migrationsströme innerhalb und aus der Region ein. Schließlich umfasst die Arbeit auch den Schutz und die Förderung der kulturellen Identität und Vielfalt, einschließlich des Schutzes von Minderheitengruppen. Dabei muss jedoch auch anerkannt werden, dass innerhalb der zivilgesellschaftlichen Landschaft durchaus konträre Zielstellungen existieren. Ein Beispiel hierfür ist die Organisation »Kyrk Choro«, die ebenfalls Teil der kirgisischen Zivilgesellschaft ist, im Gegensatz zu den zuvor beschriebenen Gruppen jedoch vor allem ethno-nationalistische Ziele verfolgt. Diese vielfältigen Perspektiven spiegeln die Herausforderungen und Chancen wider, mit denen die zentralasiatischen Zivilgesellschaften und ihre Bemühungen, positive Veränderungen in der Region herbeizuführen, konfrontiert sind.

Je nach Land und Kontext liegen unterschiedliche Schwerpunktthemen im Fokus. Während der Pandemie stand das Gesundheitswesen im Vordergrund, wobei die Zivilgesellschaften in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan besonders aktiv waren. Sie erfassten Statistiken zu Krankheits- und Todesfällen, stellten mobile Rettungstationen bereit, bastelten aus einfachen Mitteln Beatmungsgeräte und leisteten umfangreiche Aufklärungsarbeit. Eine weitere große Herausforderung besteht in Umweltproblemen und den Auswirkungen des Klimawandels. Während der Wintermonate ist der Smog in Bischkek jährlich ein Schlüsselthema, bei dem die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung für das Problem und die Förderung nachhal-

tiger Gegenmaßnahmen spielt. Wirtschaftliche Veränderungen aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben das Thema Migration in den Fokus gerückt. Im Kontext des Krieges sind Fragen bezüglich kultureller Identität, »Dekolonisierung« und Sprachgebrauch zu zentralen Themen öffentlicher Debatten in Kirgistan und Kasachstan geworden.

Wechselbeziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaften

Die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften und den einzelnen Staaten in Zentralasien sind von großer und meist spannungsvoller Komplexität geprägt. Dabei treten Herausforderungen zutage, die vor allem politische Freiheiten, die Meinungsfreiheit und den Handlungsspielraum von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) betreffen. Staatliche Intentionen zur Beschränkung des Aktionsraumes der regionalen Zivilgesellschaften folgen einem ähnlichen Muster wie in Russland und sollen auch in dem Fall politische Stabilität wahren, unabhängige Stimmen unterdrücken und potentielle Bedrohungen für die Regierung unter Kontrolle halten. Hierfür erhöhen die Behörden den administrativen und bürokratischen Druck auf NGOs und zivilgesellschaftliche Organisationen, indem sie Registrierungs- und Berichtspflichten verschärfen und Beschränkungen für ausländische Finanzierung einführen. Verschiedene Gesetzbücher, darunter Steuer-, Verwaltungs- und Strafgesetze, werden genutzt, um die Arbeit von NGOs zu erschweren. Repressalien beginnen oft mit willkürlichen und wiederholten Inspektionen durch staatliche Organe wie Steuerpolizei und die Sicherheitsdienste. Solche Schritte dienen als Warnung und Instrument der Einschüchterung und führen häufig zu tatsächlichen straf- und verwaltungsrechtlichen Verfahren gegen NGOs. Unabhängige Medien stehen unter staatlicher Kontrolle, praktizieren Selbstzensur, oder wurden bereits geschlossen. Gleichzeitig nimmt das Niveau der Desinformation und das Schüren von anti-westlichen Stimmungen in den staatlichen Medien zu. In diesem Zusammenhang werden zivilgesellschaftliche Aktivitäten je nach Kontext als »LGBT-Propaganda«, Werk von »ausländischen Agenten« oder »Einflussnahme Dritter« gebrandmarkt.

Schließlich erfolgt die gezielte und unverhältnismäßige Verfolgung von Einzelaktivisten, darunter Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Bloggern, sowie von ganzen Organisationen. In mehreren Fällen wurden strafrechtliche Verfahren gegen Personen eingeleitet, die ihre Meinung in sozialen Medien äußerten, friedliche Versammlungen abhielten oder über Korruption in der Regierung berichteten. In Kirgistan führte die Lösung der Grenzprobleme mit Usbekistan, insbesondere im Zusammenhang mit der Übergabe des Kampir-Abad-Reservoirs an das Nachbarland, 2022 unter

kirgisischen Zivilaktivisten und Anwohnern zu Unmut und lokalen Protesten hinsichtlich ökologischer und sozioökonomischer Auswirkungen. Die Reaktion der kirgisischen Behörden war hart und unverhältnismäßig. Eine große Anzahl Aktivisten, denen vorgeworfen wurde, eine Machtübernahme zu planen, wurde festgenommen und mit mehrmonatigen Gefängnisstrafen belegt. Außerdem wurden für vermeintliche »Verleumdung«, »Extremismus« und das »Schüren interethnischer Konflikte« hohe, nicht bezahlbare Geldstrafen über bekannte Aktivisten und NGOs verhängt.

Unterschiede, Besonderheiten und aktuelle Situation

Zweifelsohne gibt es innerhalb Zentralasiens große Unterschiede. So besitzen die Zivilgesellschaften in Kirgistan und Kasachstan mehr Entwicklungschancen als jene in Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Während in den erstgenannten Staaten ein gewisses Maß an politischer Liberalität zivilgesellschaftliches Engagement fördert, ist der öffentliche Raum für nicht-staatliche Aktivität in den letztgenannten Staaten stark beschränkt. Für Zentralasien hat Freedom House Kirgistan die höchste Bewertung und Turkmenistan die niedrigste Bewertung hinsichtlich der Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Aktivität zugesprochen. Tatsächlich zeigt sich die Zivilgesellschaft in Kirgistan lebendig, aktiv und anpassungsfähig. Dank der allgemeinen Vielfalt konnten erfolgreich Projekte und Initiativen umgesetzt werden, die das Leben der Menschen verbessert haben. Die Bewältigung von Krisensituationen ist inzwischen ohne die Beteiligung der Zivilgesellschaft undenkbar. Allerdings sehen sich unter der gegenwärtigen Regierung Publizisten und Aktivisten, wie kürzlich Oljobaj Schakir, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen wollen, zunehmend mit Gefängnisstrafen, Geldstrafen und Einschüchterungen konfrontiert. Ähnliches passiert auch in der Medienlandschaft, z. B. als der Investigativjournalist Bolot Temirow im November 2022 nach Russland ausgewiesen wurde. Die Tätigkeit von Radio Azattyk, dem kirgisischen Dienst von Radio Free Europe/Radio Liberty, wird wiederholt behindert. Auch gab es Versuche zur Schließung des Investigativmediums »Kloop«, während »Tik-Tok« im August 2023 verboten wurde. Dennoch zeigen sich Aktivisten und Organisationen flexibel und passen sich schnell an neue Einschränkungen an, um weiter ihre Ziele zu verfolgen. Es gibt einige professionelle und effektiv arbeitende NGOs mit klaren Zielsetzungen, gesicherten finanziellen Ressourcen und nachhaltigem Management. Die Zivilgesellschaft in Kirgistan ist auf dem Weg hin zu einer stärkeren Betonung von zivilen Aspekten und einer Abkehr von traditionellen Organisationsmustern wie informellen Netzwerken aus Verwandtschaft, Patronage und Loyalität.

In Kasachstan operieren unabhängige NGOs unter zunehmender staatlicher Überwachung und Kontrolle und der Staat begrenzt aktiv das Ausmaß des zivilgesellschaftlichen Engagements. Politische Aktivisten und Organisationen sind oft Repressalien ausgesetzt. Im Jahr 2019 wurden Gesetzesänderungen eingeführt, welche die Registrierung von NGOs erschwerten und ihre Arbeit weiter behinderten. Kasachstan hat weiterhin strenge Gesetze zur Versammlungsfreiheit, die es der Zivilgesellschaft erschweren, friedliche Versammlungen abzuhalten, ohne rechtliche Konsequenzen zu fürchten.

In Usbekistan wurden unter Präsident Schawkat Mirsijojew Schritte unternommen, um das Umfeld für zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Land zu verbessern. Einige unabhängige NGOs konnten ihre Arbeit ausbauen und Dialogplattformen etablieren. Dennoch gibt es weiterhin Beschränkungen für die Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit von NGOs. Nach dem Vorfall in Andijon im Jahr 2005 wurde die Zivilgesellschaft praktisch aufgelöst, Vertreter wurden ins Gefängnis geschickt oder ins Exil verbannt. Trotz der Verbesserungen seit dem Amtsantritt von Mirsijojew unterliegt die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit weiterhin strengen gesetzlichen Einschränkungen und einige Dissidenten werden dauerhaft überwacht.

Die Zivilgesellschaft in Tadschikistan ist, trotz einiger anfänglicher fortschrittlicher Gesetze, wegen des Bürgerkrieges in den 1990er Jahren schwach entwickelt und steht erheblichen Herausforderungen gegenüber. Die Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Die Medien sind Ziel von Zensur und Selbstzensur und die letzte bedeutende Oppositionspartei wurde 2015 als terroristische Organisation eingestuft und verboten. Jüngere Gesetzesänderungen erschweren die Registrierung von NGOs.

In Turkmenistan befindet sich die Zivilgesellschaft im Embryonalstadium. Seit der Unabhängigkeit hat die Regierung keine unabhängigen NGOs oder politisches Engagement außerhalb ihrer eigenen Strukturen und Zielrichtungen gestattet. Kritische Stimmen und Aktivitäten sowie Raum für öffentlichen Diskurs gibt es soweit nur unter Exil-Turkmenen im Ausland. Kritisch eingestellte Bürger im Land stehen unter ständiger Beobachtung und riskieren massive Repressalien, wenn sie ihre Meinung äußern.

Diese Beispiele veranschaulichen die verschiedenen Herausforderungen, denen die Zivilgesellschaften in Zentralasien gegenüberstehen. Damit kann die Zivilgesellschaft in keinem der Länder entsprechende Schutz-, Vermittlungs-, Sozialisierungs-, Kommunikations- und Integrationsfunktionen vollständig wahrnehmen. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten zentralasiatischer Staaten orientieren sich oft am russischen Regierungsmodell und übernehmen dessen repressive Methoden um gegen zivilgesellschaftliche Dissidenten vorzugehen.

Bedarfe und Herausforderungen der Zivilgesellschaften

Die Zivilgesellschaften in den verschiedenen zentralasiatischen Ländern stehen vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die ihre Arbeit maßgeblich beeinflussen. In vielen Ländern Zentralasiens fehlt es an angemessener rechtlicher Fundierung und institutioneller Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen, was die Herausbildung eines förderlichen Umfeldes mit klaren Rahmenbedingungen behindert. Des Weiteren beeinträchtigen eingeschränkte Meinungsfreiheit und politische Beschränkungen die Arbeit der Zivilgesellschaft. Diese Faktoren können kritische Stimmen zum Verstummen bringen und die freie Entfaltung von Ideen und Aktivitäten behindern. In einigen Ländern sind NGOs in ihrer politischen Einflussnahme stark eingeschränkt, was die Integration gesellschaftlicher Anliegen in politische Prozesse erschwert. Ein weiteres Problem ist die finanzielle Unsicherheit, der viele NGOs ausgesetzt sind. Oft sind sie auf ausländische finanzielle Unterstützung angewiesen, was sie anfällig für politischen Druck macht und ihre Unabhängigkeit gefährden kann. Auch verfügen NGOs und Aktivisten häufig nur über begrenzte Ressourcen und Fachkenntnisse, was ihre Fähigkeiten zur Umsetzung langfristiger Veränderungen beeinträchtigen kann. Viele NGOs weisen keine modernen Managementstrukturen oder Instrumente zur strategischen Projektplanung auf. Das Finanzgebaren vieler NGOs ist intransparent, und die Verwendung von Mitteln ist nicht immer klar nachvollziehbar, weshalb sie manchmal als »Zuwendungesser« (*грантоеды*) bezeichnet werden. Veruntreuung und Unterschlagung von Geldern durch NGOs sind keine Seltenheit. Wie internationale Akteure manchmal feststellen, erinnern zivilgesellschaftliche Organisationen in Zentralasien gelegentlich an Familienunternehmen, die stark durch ausländische Unterstützung subventioniert werden. Ein weiterer bedeutender Aspekt betrifft den Mangel an Bildung und Bewusstseinsbildung, der die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten behindern kann und verstärkte Aufklärung und Sensibilisierung erfordert. Vor allem Kirgistan und Tadschikistan weisen einen besorgniserregenden Abfall des allgemeinen Bildungsniveaus auf. Diese Tendenz wird durch die Abwanderung von qualifiziertem Personal und eine zunehmende Islamisierung weiter verstärkt. Doch trotz all dieser Herausforderungen zeigt sich in Zentralasien ein starker Wille zu Veränderung und sozialem Engagement. Viele Akteure der Zivilgesellschaft setzen sich unermüdlich für positive Veränderungen ein und suchen nach Wegen, die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu optimieren. Für internationale Akteure ist es daher von essentieller Bedeutung, diese Bemühungen zu unterstützen, um die nachhaltige Entwicklung der Region zu fördern.

Unterstützungsmöglichkeiten zur Entfaltung von Chancen und Potentialen

Die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige politische Ausgestaltung der zentralasiatischen Regime. In der Region eröffnen sich eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Unterstützung und Förderung von Aktivist:innen. Diese Ansätze umfassen Maßnahmen und Bereiche wie rechtliche und institutionelle Unterstützung, Kapazitätsaufbau, finanzielle und politische Unterstützung, Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen, Förderung der Medienfreiheit, Umweltschutz und die Förderung erneuerbarer Energien, Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Bildung und Bewusstseinsbildung, Förderung von Start-Ups und Digitalisierung, unabhängige Medien, Internetzugang, Online-Bildung und Netzwerke sowie die Unterstützung von Migrantenorganisationen. Politische Unterstützung kann dazu beitragen, politischen Druck auszuüben, um Reformen in diesen Bereichen voranzutreiben. Die Sicherheit von Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen und Aktivist:innen in Zentralasien kann gestärkt werden, indem ihnen internationale Unterstützung bei der Sicherung ihrer Arbeit und ihres persönlichen Wohlbefindens geboten wird. Umweltschutz und die Förderung erneuerbarer Energien sind von großer Bedeutung, um negative Umweltauswirkungen zu reduzieren. In diesem Zusammenhang können Programme zur Erhaltung natürlicher Ressourcen unterstützt werden. Die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Zentralasien kann durch Schulungen für Gesundheitsfachkräfte, erleichterten Zugang zu medizinischer Versorgung und die Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur vorangetrieben werden.

Bildungsprogramme können das Bewusstsein für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Demokratie in der Gesellschaft stärken und so positive Veränderungen herbeiführen. Die Förderung von Start-Ups und Digitalisierung kann zur wirtschaftlichen Diversifizierung beitragen und den Zugang zu digitalen Diensten verbessern sowie den Ausbau der IT-Infrastruktur unterstützen.

Migrantenorganisationen in Zentralasien können gestärkt werden, um die Belange der Diaspora-Gemeinschaften zu vertreten und die Integration von Migranten in Deutschland und Europa zu erleichtern. Dies kann zum interkulturellen Dialog und Austausch beitragen. Die Unterstützung unabhängiger Medien in Zentralasien ist entscheidend, um die Pressefreiheit zu fördern und kritische Berichterstattung zu ermöglichen. Der Einsatz für flächendeckenden Internetzugang ist sehr wichtig, um die breitere Bevölkerung in Zentralasien mit Online-Ressourcen zu versorgen. Online-Bildung kann den Zugang zu Bildungsmöglichkeiten in entlegenen Gebieten erleichtern. Die Schaffung von Netzwerken, insbesondere im Bildungsbereich, kann den Austausch von Wissen und Ressourcen fördern. Die Stärkung der Zivilgesellschaft in einem Land kann positive Auswirkungen auf die gesamte Region haben (*Spillover-Effekt*), indem sie erfolgreiche Modelle und bewährte Verfahren fördert und den Druck auf Regierungen erhöht, Menschenrechte zu respektieren und demokratische Reformen voranzutreiben. Dabei ist ein langfristiger, koordinierter und partnerschaftlicher Ansatz entscheidend, welcher die spezifischen Bedürfnisse und Kontexte in den Ländern der Region berücksichtigt, um so die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Entwicklung in Zentralasien zu unterstützen.

Über die Autorin:

Dr. *Mahabat Sadyrbek* absolvierte Studiengänge in Politik-, Sprach- und Rechtswissenschaften in Bischkek und Hannover. Darüber hinaus erwarb sie einen Abschluss in European Studies in Brüssel. Ihre Promotion in Rechtsanthropologie mit dem Thema »Rechtsppluralismus in Zentralasien« schloss sie an der Humboldt-Universität zu Berlin ab. Seit 2017 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung »Recht und Ethnologie« am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle an der Saale tätig, wo sie noch in einer assoziierten Funktion tätig ist. Ihre E-Mail-Adresse lautet: mahabat_s@yahoo.de.

Lesetipps:

- Freedom House: Nations in Transit 2023 (https://freedomhouse.org/sites/default/files/2023-05/NIT_2023_Digital.pdf)
- Umida Niyazova: Mirsijojew braucht die Zivilgesellschaft, wenn er wirklich liberale Reformen umsetzen will. In: Zentralasien-Analysen 159 vom 18.07.2023 (<https://www.laender-analysen.de/zentralasien-analysen/159/mirsijojew-braucht-die-zivilgesellschaft-wenn-er-wirklich-liberale-reformen-umsetzen-will/>)
- Mahabat Sadyrbek: Präsidentschaftswahl und Referendum über die Regierungsform in Kirgistan. Zwei Schritte zurück im kirgisischen »Demokratie-Experiment«? In: Zentralasien-Analysen 145 vom 29.01.2021 (<https://laender-analysen.de/zentralasien-analysen/145/presidentschaftswahl-und-referendum-in-kirgistan-zwei-schritte-zurueck-im-kirgisischen-demokratie-experiment/>)
- Marie-Carin von Gumpfenberg: Zivilgesellschaft in Zentralasien. In: Osteuropa 52. Jg., 11/2002, S. 1456–1472 (<https://www.jstor.org/stable/44922053>)

17. Oktober – 17. Dezember 2023

Kasachstan

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Rostam Onori und Richard Schmidt

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

17.10.2023	Der Minister für Wasserressourcen und Bewässerung, Nurdshan Nurdshigitow, gibt bekannt, dass Kirgistan die Belieferung des Gebietes Dschambly mit Wasser aus dem kirgisischen Kirow-Reservoir nach einer zweimonatigen Unterbrechung wiederaufgenommen hat.
17.10.2023	Präsident Kassym-Dschomart Tokajew wird in Beijing von seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping zum dritten Belt-and-Road-Forum mit Jubiläumsfeier anlässlich von zehn Jahren Belt and Road Initiative (BRI) empfangen. Xi hatte die BRI 2013 in einer Rede an der Nasarbajew-Universität in Astana angekündigt. Während Tokajews Aufenthalt in Beijing werden kasachstanisch-chinesische Wirtschaftsabkommen im Gesamtwert von 16 Mrd. US-Dollar unterzeichnet, u. a. in den Bereichen Transport, Technologie und Produktion, E-Commerce, Handel und Investitionen.
17.10.2023	Beim zweiten indisch-zentralasiatischen Treffen der Nationalen Sicherheitsberater in Astana bekunden die Vertreter aller fünf zentralasiatischen Staaten, darunter Kasachstan, ihr Interesse am International North-South Transport Corridor (INSTC) teilzunehmen.
19.10.2023	Der Vizeminister für Handel und Integration, Kairat Torebajew, kündigt ein Verbot für die Ausfuhr von 106 nicht in Kasachstan hergestellten Gütertypen nach Russland an. Bei den Gütern handelt sich vor allem um Produkte aus Bereichen wie Mikroelektronik, Kommunikationstechnik und Smartphones, die bisher in großen Mengen nach Kasachstan importiert und dann nach Russland re-exportiert wurden.
19.10.2023	KazMunayGas und die China National Chemical Engineering Group Corporation (CNCEC) einigen sich auf den Bau eines Gasturbinenkraftwerkes im Gebiet Atyrau mit einer geplanten Kapazität von 154 MW. Zuvor haben sich Qazaqgas und die chinesische Geo-Jade Petroleum auf die gemeinsame Entwicklung des Gasfeldes im Gebiet Turkestan geeinigt.
20.10.2023	Das Handelsministerium revidiert die Aussagen des Vizeministers für Handel und Integration, Torebajew, vom Vortag. Demnach gebe es im Zusammenhang mit Russland-Sanktionen keine Exportverbote von Waren in die Russische Föderation, der bilaterale Handel unterläge gänzlich den Regularien und Bestimmungen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).
23.10.2023	Das Außenministerium bestätigt den Tod einer kasachstanischen Staatsbürgerin durch israelischen Beschuss des Gazastreifen. Die Getötete habe demnach seit langem mit ihrem palästinensischen Ehemann im Gazastreifen gelebt.
23.10.2023	Die russischen Outlets »Moskovsky Komsomolets« sowie »Argumenty i Fakty« verbreiten die Falschnachricht, dass in Almaty ein »Friedenssicherungszentrum« der NATO eröffnet haben soll. Das kasachstanische Verteidigungsministerium dementiert die Meldung und verweist darauf, dass das Video die Eröffnung einer Konferenzhalle an besagtem Zentrum zeigt, das seit 2006 in Betrieb ist und ausschließlich von kasachstanischen Truppen genutzt wird.
23.10.2023	Außenminister Murat Nurtleu nimmt in Luxemburg am 19. EU-Zentralasien-Außenministertreffen teil. Im gemeinsam verabschiedeten Communiqué wird die Fortführung der multilateralen Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen wie Handel, Wirtschaft, Energie und Konnektivität festgehalten. Die zentralasiatischen Staaten stimmen zu, Versuche zur Umgehung von gegen Russland verhängte Sanktionen so gut wie möglich zu unterbinden.
26.10.2023	Der Parlamentsvorsitzende Jerlan Koschanow wird in Taschkent vom usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen über die interparlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Allianz empfangen. Zuvor hat der Rat für interparlamentarische Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und Usbekistan in Taschkent seine Arbeit aufgenommen.
27.10.2023	Die Leiter der nationalen Eisenbahngesellschaften Kasachstans, Georgiens und Aserbaidschans einigen sich beim Tbilisi Silk Road Forum auf die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zur Erhöhung des Containertransportes über den Mittelkorridor.
28.10.2023	Bei einem Brand in der Kostanko-Kohlemine (Gebiet Karaganda) sterben 45 Bergarbeiter. Als Reaktion gibt die kasachstanische Regierung die Einstellung der Investitionszusammenarbeit mit der Betreiberfirma ArcelorMittal Temirtau, einem Ableger der luxemburgischen ArcelorMittal, bekannt. Demnach wurde sich mit dem Konzern auf einen Transfer sämtlicher Firmenanteile in das Eigentum der kasachstanischen Regierung geeinigt.
01.11.2023	Bei einem Forum der Transportminister der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Taschkent gibt der stellvertretende kasachstanische Transportminister Talgat Lastajew bekannt, dass sich auf die Etablierung einer Handelsroute zwischen Belarus, Russland, Kasachstan, Usbekistan, Afghanistan und Pakistan geeinigt wurde.

01.11.2023	Präsident Tokajew empfängt seinen französischen Amtskollegen Emmanuel Macron in Astana zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Partnerschaft, die mit der gemeinsamen Unterzeichnung einer Erklärung zur Zusammenarbeit im Bereich strategische Mineralien enden. Tokajew und Macron vereinbaren die Belieferung Kasachstans mit französischen Luftverteidigungsradarsystemen vom Typ Groundmaster 406. Weitere unterzeichnete Dokumente beziehen sich u. a. auf die Lieferung französischer Impfstoffe und die Eröffnung französischer Schulen in Kasachstan.
03.11.2023	In Astana findet unter dem Motto »Turk Time (Tradition, Vereinigung, Reformen, Wissen, Vertrauen, Investitionen, Mediation, Energie)« und unter kasachstanischem Vorsitz das Gipfeltreffen der Organisation der Turkstaaten (OTS) statt. In seiner Eröffnungsrede plädiert Präsident Tokajew vor allem für eine Synchronisation der Entwicklung aller Mitglieder und die Einführung von gemeinsamen Handelsstandards. Kasachstan übernimmt den OTS-Vorsitz von Usbekistan.
03.11.2023	Präsident Tokajew kündigt auf dem OTS-Gipfel an, humanitäre Hilfslieferungen im Gesamtwert von einer Mio. US-Dollar in den Gazastreifen zu senden.
06.11.2023	Der erste stellvertretende Außenminister Kairat Umarow empfängt den US Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, Donald Lu, in Astana zum fünften US-kasachstanischen Dialog über die erweiterte strategische Partnerschaft. Im Zentrum der Gespräche stehen u. a. Fragen der regionalen Geopolitik, Terrorabwehr, Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden, der Kampf gegen synthetische Drogen, atomare Nichtverbreitung und die Aufrechterhaltung offener Kommunikationskanäle.
09.11.2023	Premierminister Alichan Smailow nimmt in Taschkent am 16. Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) teil. Der Gipfel einigt sich u. a. auf die Entwicklung von regionalen Transit-, Transport- und Logistikpotentialen und von kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Abbau von Handelshemmnissen.
09.11.2023	Präsident Tokajew empfängt seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und im multilateralen Rahmen internationaler Organisationen. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung erklärt Tokajew, dass sich umfassend über die Perspektiven von Integrationsprozessen im eurasischen Raum ausgetauscht wurde und »im Rahmen der großen internationalen Organisationen und Integrationsverbände ein gegenseitiges Verständnis zu Fragen der Interaktion besteht.« Putin bezeichnet Kasachstan als »engsten Verbündeten Russlands« und verweist auf den sich nach oben entwickelnden Handelsumsatz und die große Rolle russischer Investitionen in der kasachstanischen Wirtschaft. Tokajew und Putin unterzeichnen ein gemeinsames Übereinkommen für gemeinsame Projekte im Zeitraum 2024–2026, u. a. den Bau von drei Thermalkraftwerken in Kokschetau (Gebiet Akmola), Semei (Gebiet Abai) und Öskemen (Gebiet Ostkasachstan). Im Anschluss nehmen beide am 19. Forum für interregionale Zusammenarbeit in Kostanai teil, auf dem sich Tokajew dafür ausspricht, Lebensmittel, Düngemittel und Saatgut von Sanktionen auszunehmen.
09.11.2023	Die Polizei von Astana nimmt den ehemaligen Wirtschaftsminister Kuandyk Bischimbajew wegen des Verdachtes fest, seine Frau Saltanat Nukenowa in einem Restaurant in Astana während eines Streits durch einen Schlag ins Gesicht getötet zu haben.
09.11.2023	Laut der nationalen Atomgesellschaft haben sich Kazatomprom und die China National Uranium Corporation Limited (CNUC) auf die Belieferung Chinas mit kasachstanischem Natururanerz-Konzentrat geeinigt.
10.11.2023	Das chinesisch-kasachstanische Übereinkommen von Mai, laut dem sich die Bürger:innen der beiden Länder für bis zu 30 Tage visumfrei im jeweils anderen Land aufhalten können, tritt in Kraft.
11.11.2023	Im Gebiet Kostanai beginnt der Bau einer 250 Mio. Dollar teuren Autofabrik des südkoreanischen Herstellers Kia Motors, die nach Fertigstellung 1.500 Arbeitsplätze bereitstellen und jährlich 70.000 Autos fertigen soll.
13.11.2023	In seiner Ansprache an das Gipfeltreffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Riad spricht sich Außenminister Nurtleu für die Schaffung eines palästinensischen Staates aus.
14.11.2023	Laut der Website des Premierministers wurde im Gebiet Dschambyl mit dem Bau der Eisenbahnlinie Dschetygen-Kasybek begonnen, die durch die Umgehung von Almaty schneller Waren von China nach Europa durchleiten soll.
15.11.2023	Laut Außenministerium sind 92 kasachstanische Staatsbürger:innen aus dem Gazastreifen über Ägypten ausgehört und werden evakuiert sobald sie Kairo erreicht haben.
15.11.2023	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz für die Schaffung einer militärischen Reserveeinheit für »Notfälle«. Die ersten 2.000 Reservisten sollen 2025 in Dienst gehen.
15.11.2023	Laut Energieministerium haben sich die Vertreter von Kasachstan, Usbekistan und Aserbaidschan bei Gesprächen in Baku auf die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zum Export von grüner Energie aus dem Kaspischen Raum nach Europa geeinigt.

15.11.2023	Beim 11. »Kongress der Finanziers« in Almaty wird mit dem digitalen Tenge die erste zentralasiatische Digitalwährung gestartet.
16.11.2023	Laut dem ersten stellvertretenden Innenminister Marat Kodschajew wurden der Leiter der Polizei des Gebietes Dschetyssay und seine Stellvertreter entlassen, nachdem bekannt geworden ist, dass der Polizeichef von Taldykorgan ein Mädchen vergewaltigt hat.
18.11.2023	Laut Arbat.media haben die kasachstanischen Behörden den russischen Informationsdienst Sputnik24, offiziell aus Lizenzgründen, in Kasachstan gesperrt.
23.11.2023	Präsident Tokajew nimmt in Minsk am Gipfeltreffen der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) teil. In seiner Ansprache fordert Tokajew die Anwesenden auf »nicht ständig über wachsende Bedrohungen für die OVKS zu sprechen«, denn »Bedrohungen hat es immer schon gegeben, das ist das Wesen der internationalen Gemeinschaft«. Kasachstan übernimmt den OVKS-Vorsitz von Belarus.
24.11.2023	In seiner Ansprache an das erste Gipfeltreffen des 1998 gestarteten UN Special Programme for the Economies of Central Asia (SPECA) in Baku spricht sich Präsident Tokajew für eine Verknüpfung der Infrastrukturrouten- und -projekte Transkaspische Internationale Transportroute (TITR), Belt and Road Initiative (BRI) und International North-South Transport Corridor (INSTC) aus. Kasachstan wolle bis 2060 CO ₂ -Neutralität erreichen.
27.11.2023	Laut der Website des Premierministers wurde im Gebiet Turkestan mit dem Bau der 152 km langen Eisenbahnstrecke Darbasa-Maktaaral an der Grenze mit Usbekistan begonnen.
28.11.2023	Der EU-Sondergesandte für die Umsetzung von Sanktionen, David O'Sullivan, äußert gegenüber kasachstanischen Beamten in Astana, dass Kasachstan den Re-Export von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland signifikant reduziert, aber den Export von anderen Gütern nach Russland erhöht hätte.
28.11.2023	Ein Gericht in Petropawl (Gebiet Nordkasachstan) verurteilt vier Bewohner der Stadt wegen Separatismus und Aufrufen zur Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung zu Haftstrafen zwischen sieben und neun Jahren. Die vier wurden im März festgenommen, nachdem der von ihnen gebildete »Volksrat« öffentlich die Gründung einer »Kasachischen Sowjetischen Sozialistischen Republik« verkündet hatte.
28.11.2023	Kasachstan stimmt für eine Resolution der UN-Vollversammlung, die Israel aufruft die Besetzung der Golan-Höhen zu beenden und in die Grenzen vor dem Sechstagekrieg von 1967 zurückzukehren. Syrien hatte 1967 von den Golan-Höhen israelische Siedlungen am See Genezareth mit Artillerie beschossen.
29.11.2023	Ein Gericht in Karaganda verurteilt den 34-jährigen kasachstanischen Staatsbürger Alexei Schompolow wegen Söldnertum und »schweren Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit« zu sechs Jahren und acht Monaten Freiheitsentzug. Schompolow hat für die russische Gruppe Wagner u. a. in Bachmut gekämpft.
29.11.2023	Ein Gericht in Astana verurteilt den Vorsitzenden der unregistrierten Oppositionspartei »Alga. Kazakhstan!«, Marat Dschylanbajew, wegen »Teilnahme an einer verbotenen extremistischen Organisation« und der »Finanzierung extremistischer Aktivitäten« zu sieben Jahren Freiheitsentzug. Das Urteil bezieht sich auf angebliche Kontakte Dschylanbajews zur verbotenen Partei »Demokratische Wahl Kasachstans.« Laut International Partnership for Human Rights (IPHR) ist das Urteil politisch motiviert und die Vergeltung der kasachstanischen Behörden für Dschylanbajews Oppositionsarbeit.
29.11.2023	Präsident Tokajew ordnet die Entsendung von weiteren 38 t humanitären Hilfsmitteln in Form von Medikamenten und medizinischen Produkten in den Gazastreifen an.
29.11.2023	Laut Energieministerium musste die Ölförderung kurzfristig um 56 Prozent gedrosselt werden, nachdem der Export über die Kaspische Pipeline zwischen Kasachstan und dem russischen Hafen Noworossijsk infolge eines schweren Sturmes über dem Schwarzen Meer gestoppt wurde.
30.11.2023	Beim Brand in einem Hostel in Almaty sterben 13 Menschen. Wie sich später herausstellt, hatte das Hostel keine offizielle Betriebsgenehmigung.
02.12.2023	Präsident Tokajew nimmt in Dubai an der UN-Klimakonferenz (COP 28) teil, auf der er den Beitritt Kasachstans zum Global Methane Pledge bekannt gibt, mit dem sich Unterzeichnerstaaten zur Reduzierung von Methanemissionen um 30 % bis 2030 verpflichten. Am Rande führt Tokajew bilaterale Gespräche u. a. mit dem emiratischen Investitionsminister Mohammed al-Suwaidi, nach denen eine Reihe von gemeinsamen Abkommen unterzeichnet werden, u. a. über den Bau einer Windkraftanlage in Kasachstan mit einer geplanten Leistung von einem Gigawatt und die Herstellung von kohlenstoffarmer Energie mit einer Gesamtkapazität von zehn Gigawatt.
04.12.2023	Nach eigenen Angaben hat die staatliche Eisenbahngesellschaft Kazakhstan Temir Dscholy mit der emiratischen AD Ports Group die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens vereinbart, das u. a. Hafeninfrastuktur am Kaspischen Meer ausbauen und Handelszentren entlang des International North-South Transport Corridor (INSTC) gründen soll.

04.12.2023	Kazatomprom und die Emirates Nuclear Energy Corporation (ENEC) unterzeichnen einen Vertrag für die Belieferung der VAE mit kasachstanischem Uranbrennstoff für das Kernkraftwerk Barakah.
07.12.2023	Industrieminister Kanat Scharlapajew gibt die staatliche Übernahme des kasachstanischen Ablegers der luxemburgischen ArcelorMittal für 286 Mio. US-Dollar bekannt.
08.12.2023	Präsident Tokajew unterzeichnet ein Dekret »Über den Aktionsplan im Bereich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit«. Der Plan sieht u. a. die Etablierung einer Spezialeinheit des Innenministeriums zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt und die Durchführung einer Studie über den Einsatz von illegaler Kinderarbeit in der Landwirtschaft vor.
11.12.2023	Im Gebiet Mangystau treten über 500 Angestellte des Öldienstleistungsunternehmens West Oil Software in den Streik und fordern die Fusion des Unternehmens mit der staatlichen KazMunayGas, die Einführung eines einheitlichen Lohnsystems und die technische Modernisierung des Unternehmens. Die Streikenden bleiben auch, nachdem ein Gericht den Streik für illegal erklärt.
12.12.2023	Bei einer entsprechenden Abstimmung der UN-Generalversammlung stimmt Kasachstan für »einen unverzüglichen humanitären Waffenstillstand« in Gaza und die »unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller [israelischen] Geiseln.«

Kirgistan

17.10.2023	Das Ministerkabinett ändert Visabestimmungen dahingehend, dass ein visafreier Aufenthalt für Bürger:innen entsprechender Staaten erst 60 bzw. 90 Tage nach einem maximalen visafreien Aufenthalt von 60 oder 90 Tagen möglich ist. Zuvor war es für die Bürger:innen entsprechender Staaten möglich, nach 60 oder 90 Tagen kurz aus- und dann wieder einzureisen, um sich praktisch dauerhaft im Land aufhalten zu können.
21.10.2023	In Bischkek halten ca. 100 Personen eine pro-palästinensische Demonstration ab.
23.10.2023	Außenminister Dscheenbek Kulubajew nimmt in Luxemburg am 19. EU-Zentralasien-Außenministertreffen teil. Im gemeinsam verabschiedeten Kommuniqué wird die Fortführung der multilateralen Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen wie Handel, Wirtschaft, Energie und Konnektivität festgehalten. Die zentralasiatischen Staaten stimmen zu, Versuche zur Umgehung von gegen Russland verhängte Sanktionen so gut wie möglich zu unterbinden.
25.10.2023	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung eine Reihe von Abänderungen des »Gesetzes über gemeinnützige Organisationen«, die NGOs u. a. zu zusätzlichen Auskünften verpflichten und solchen NGOs, die Finanzierung aus dem Ausland erhalten, eine Registrierung als »ausländischer Repräsentant« vorschreiben. Kritiker:innen sehen in den Abänderungen eine Kopie des russischen »Gesetzes über ausländische Agenten.«
26.10.2023	In Bischkek beginnt unter Vorsitz vom Ministerkabinettsvorsitzenden Akylbek Dschaparow die Sitzung des Rates der Regierungsoberhäupter der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Am Rande der Sitzung führt Präsident Sadyr Dschaparow (nicht mit Akylbek Dschaparow verwandt) bilaterale Gespräche mit dem chinesischen Premierminister Li Qiang, laut dem sich die bilaterale Zusammenarbeit in den letzten Jahren »auf einem hohen Niveau entwickelt hat.«
26.10.2023	In Bischkek beginnt die Sitzung des Zwischenregierungsrates der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU). Laut Protokoll zeigen sich die anwesenden Regierungschefs mit dem Entwicklungspotential der Organisation zufrieden, die mittlerweile ein Gesamt-BIP von 2,7 Trillionen US-Dollar erwirtschaftet. Als eine Priorität für die weitere wirtschaftliche Integration wird die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Medikamente genannt.
26.10.2023	In Bischkek beginnt die Sitzung des Zwischenregierungsrates der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Gemeinsam unterzeichnete Dokumente umfassen ein Programm für die Zusammenarbeit in den Bereichen Kartographie und Geodäsie, ein Konzept für digitale Transformation der Treibstoff- und Energiekomplexindustrien in den GUS-Staaten, sowie ein Programm zur »Reaktivierung von ehemaligen Uranabbauterritorien.«
28.10.2023	In Bischkek halten ca. 700 bis 1.000 Personen eine pro-palästinensische Demonstration ab.
01.11.2023	Bei einem Forum der SOZ-Transportminister in Taschkent einigen sich Transportminister Tilek Tekebajew, sein usbekischer Amtskollege Ilhom Mahkamow und der russische stellvertretende Verkehrsminister Dmitri Swerew auf die Etablierung eines neuen Handelskorridors zwischen Kirgistan, Usbekistan, Turkmenistan und Russland via Kaspisches Meer. Von turkmenischer Seite liegt bisher keine Bestätigung für die eigene Teilnahme in dem Korridor vor.
02.11.2023	Der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit (GKNB), Kamtschibek Taschijew, gibt die Entlassung von 202 Beamten des GKNB wegen Korruption oder anderer Rechtsverstöße bekannt.
03.11.2023	Präsident Dschaparow nimmt in Astana am Gipfeltreffen der Organisation der Turkstaaten (OTS) teil.
03.11.2023	Laut der Menschenrechtsorganisation Memorial wurde der linke russische Aktivist Lew Skorkjan nach seiner Entführung aus Bischkek vom 16.10.2023 in einem Gefängnis in Moskau gefoltert.
07.11.2023	Die spirituelle Verwaltung der Muslime Kirgistans (DUMK) äußert die Meinung, dass die Unterstützung für Palästinenser:innen ausschließlich gewaltloser, geistiger und materieller Art sein sollte.
07.11.2023	Der Ministerkabinettsvorsitzende Akylbek Dschaparow eröffnet in Hamburg das zweite Treffen des kirgisisch-deutschen Geschäftsrates mit ca. 200 Teilnehmer:innen.
09.11.2023	Präsident Dschaparow nimmt in Taschkent am 16. Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) teil. Der Gipfel einigt sich u. a. auf die Entwicklung von regionalen Transit-, Transport- und Logistikpotentialen und von kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Abbau von Handelshemmnissen.
10.11.2023	Das Verfassungsgericht hebt seine Entscheidung von Juni auf, nach der erwachsene Personen zwischen einem Patronym und einem Matronym entscheiden konnten. Demnach sei die Entscheidung von öffentlicher Seite negativ aufgenommen worden, weshalb ab sofort wieder nur der Vatersname gilt.
11.11.2023	Präsident Dschaparow wird in Paris von seinem französischen Amtskollegen Emanuel Macron zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Transport, Handel und Wirtschaft empfangen. Beide Seiten einigen sich auf eine Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit.
13.11.2023	In seiner Ansprache an das Gipfeltreffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Riad spricht sich Präsident Dschaparow für die Schaffung eines palästinensischen Staates aus.

20.11.2023	Präsident Dschaparow wird in Tokio nach einem Gespräch mit Kaiser Naruhito vom japanischen Premierminister Fumio Kishida zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Infrastruktur, Dekarbonisierung und nachhaltige Entwicklung empfangen. Laut Dschaparow sei Japan ein freundlicher und enger Partner, der in Sachen Demokratieentwicklung und jener der politischen Zusammenarbeit ähnliche Werte vertritt.
21.11.2023	Ein Gericht in Bischkek verurteilt den ehemaligen staatlich eingesetzten externen Manager der Kumtor-Goldmine (Gebiet Issyk-Kul), Tengiz Bolturuk, wegen Korruption zu einer Geldstrafe in Höhe von 800.000 Som (ca. 9.000 US-Dollar). Zuvor hat Bolturuk bereits umgerechnet 112.000 US-Dollar zurückgegeben, die laut dem Richter der geschädigten Kumtor Gold Company zukommen.
27.11.2023	Laut Außenministerium wurden zwei kirgisische Staatsbürger via Ägypten aus dem Gazastreifen evakuiert.
23.11.2023	Bei bilateralen Gesprächen im Vorfeld des Gipfeltreffens der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) in Minsk einigen sich Präsident Dschaparow und sein belarussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko auf »eine Erhöhung der Interaktionen im Interesse der Bevölkerungen beider Staaten.«
28.11.2023	Laut dem GKNB-Vorsitzenden Taschijew wurden bisher fast 20 ehemalige Spitzenbeamte im Korruptionsfall der Kumtor-Goldmine belangt, »darunter zwei Ex-Präsidenten, vier ehemalige Premierminister und zwei ehemalige Parlamentssprecher.«
28.11.2023	Nach den Erdbeben in Afghanistan kündigt das Ministerium für Notfallsituationen die Entsendung von 100 t humanitärer Hilfe in Form von Lebensmitteln nach Afghanistan an.
28.11.2023	Außenminister Kulubajew eröffnet in Bischkek das jährliche Treffen der stellvertretenden Außenminister Zentralasiens, wobei Kulubajew die Anwesenden u. a. dazu aufruft, die Zusammenarbeit und außenpolitische Koordination mit Hinsicht auf Afghanistan zu verstärken.
28.11.2023	Kirgistan stimmt für eine Resolution der UN-Vollversammlung, die Israel aufruft die Besetzung der Golan-Höhen zu beenden und in die Grenzen vor dem Sechstagekrieg von 1967 zurückzukehren. Syrien hatte 1967 von den Golan-Höhen israelische Siedlungen am See Genezareth mit Artillerie beschossen.
29.11.2023	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung die Annahme einer neuen Nationalflagge, die statt der bisherigen wellenförmigen Sonnenstrahlen spitze Sonnenstrahlen aufweist und damit laut den Unterstützer:innen der Initiative weniger an eine Sonnenblume erinnert.
30.11.2023	Bei der Eröffnung eines neuen GKNB-Gebäudes in Balyktschy (Gebiet Issyk-Kul) droht der GKNB-Vorsitzende Taschijew alle Beamten, Parlamentsabgeordneten und andere Personen des öffentlichen Lebens, die Bordelle aufsuchen oder anderweitig sexuelle Dienste in Anspruch nehmen, mit Namen und Gesicht zu veröffentlichen.
30.11.2023	In mehreren Städten des Landes demonstrieren Einzelhändler:innen gegen die Abschaffung des aktuell gültigen Patentsystems und die Einführung einer Registrierkassenpflicht ab Januar 2024. Präsident Dschaparow reagiert mit der Einsetzung einer Arbeitskommission zur Lösungsfindung.
02.12.2023	Präsident Dschaparow nimmt in Dubai an der UN-Klimakonferenz (COP 28) teil. In seiner Ansprache gibt er das Ziel aus, Kirgistan bis 2050 CO ₂ -neutral zu machen. Am Rande führt er bilaterale Gespräche u. a. mit seinen mongolischen, turkmenischen und slowakischen Amtskolleg:innen Uchnaagiin Chürelsüch, Serdar Berdymuchamedow und Nataša Pirc Musar, sowie dem kommissarischen pakistanischen Premierminister Anwaar-ul-Haq Kakar.
02.12.2023	Nach einem bilateralen Treffen zwischen dem GKNB-Vorsitzenden Taschijew und seinem tadschikischen Amtskollegen Saimumin Jatimow in Buston (Tadschikistan) gibt der Pressedienst des kirgisischen Ministerkabinetts bekannt, dass sich auf »grundlegende Entscheidungen bei der Demarkation und Delimitation der gemeinsamen Grenze geeinigt werden konnte.« Die Entscheidungen beziehen sich demnach auch auf die Nutzung der Straße Woruch-Chodschai Alo und die Nutzung von Wasseranlagen auf kirgisischem Territorium durch die tadschikische Seite.
04.12.2023	Präsident Dschaparow führt in Bischkek ein informelles Gespräch mit dem De-facto-Präsidenten der nur von der Türkei anerkannten »Türkischen Republik Nordzypern«, Ersin Tatar, der in privater Rolle an einer Konferenz an der Kirgisisch-Türkischen Manas-Universität teilnimmt. Gesprächsdetails sind nicht bekannt.
05.12.2023	Die kirgisisch-tadschikische Arbeitsgruppe zur Delimitation und Demarkation der gemeinsamen Grenze einigt sich auf weitere 24,01 km Grenzverlauf.
05.12.2023	Präsident Dschaparow gibt vor über 500 Menschen auf dem Dordoi-Markt in Bischkek die Fortführung des aktuellen Patentsystems für Einzelhändler:innen bis Juli 2024 bekannt.
07.12.2023	In Osch eröffnen Vertreter der kirgisischen und usbekischen Regierung ein Generalkonsulat Usbekistans.

07.12.2023	Laut dem Präsidentspreddienst wurde im Gebiet Issyk-Kul mit dem Bau eines 191 Mio. US-Dollar teuren Berg-erholungskomplexes begonnen.
08.12.2023	Laut Außenministerium wurden weitere 96 kirgisische Staatsbürger:innen, darunter 31 Frauen und 65 Kinder, mit Hilfe internationaler Organisationen aus Syrien zurück nach Kirgistan gebracht.
11.12.2023	Laut GKNB wurden über 180 vorwiegend im Innenministerium und bei der Zollbehörde tätige Beamte wegen Verbindungen zum ehemaligen stellvertretenden Zollchef Raimbek Matraimow und dem im Oktober erschos-senen Schwerverbrecher Kamtschi Kolbajew aus dem Dienst entlassen.
12.12.2023	Nach einem bilateralen Treffen zwischen dem GKNB-Vorsitzenden Taschijew und seinem tadschikischen Amts-kollegen Jatimow in Batken geben beide Seiten bekannt, sich auf den Verlauf von weiteren 120 km der gemein-samen Grenze verständigt zu haben, womit nun 90 % der gemeinsamen Grenze delimitiert sind.
12.12.2023	Bei einer entsprechenden Abstimmung der UN-Generalversammlung stimmt Kirgistan für »einen unverzüg-lichen humanitären Waffenstillstand« in Gaza und die »unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller [israelischen] Geiseln.«

Tadschikistan

18.10.2023	Gemeinsam mit anderen zentralasiatischen Republiken verurteilt das tadschikische Außenministerium den vermeintlichen israelischen Luftangriff auf das Al-Ahli-Krankenhaus im Gazastreifen, meldet Fergana Agency. Wie sich später herausstellt war eine fehlgeleitete Rakete der Hamas für die Explosion verantwortlich.
18.10.2023	Die Menschenrechtsorganisation Freedom Now fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung des tadschikischen Oppositionspolitikers Saidow. Der Unternehmer und ehemalige Industrieminister wurde am 19. Mai 2013 nach seiner Rückkehr aus Frankreich am Flughafen Duschanbe festgenommen. Kurz zuvor kündigte er die Gründung der Oppositionspartei »Neues Tadschikistan« an.
18.10.2023	Tadschikistan entsendet 3.300 t humanitäre Hilfe u. a. in Form von Lebensmitteln und Decken nach Afghanistan, um den von Erdbeben betroffenen Gebieten im Westen des Landes zu helfen.
24.10.2023	Auf dem 19. Ministertreffen »Zentralasien – Europäische Union« in Luxemburg unter Teilnahme von Außenminister Sirodschiddin Muchridin vereinbaren die zentralasiatischen Länder und die EU, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, um die Umgehung von EU-Sanktionen gegen Russland zu verhindern. Außerdem wird ein gemeinsamer Fahrplan zur Vertiefung der Beziehungen und zur Ausweitung der interregionalen Zusammenarbeit verabschiedet.
24.10.2023	Der stellv. Minister für Handel und wirtschaftliche Entwicklung, Nuriddinzoda, nimmt in Samarkand am ersten Ministertreffen der regionalen diplomatischen Plattform C5+1 (USA + zentralasiatische Staaten) teil. Das Treffen konzentriert sich auf die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Verbesserung der Investitionsbedingungen, die Entwicklung der digitalen und grünen Wirtschaft sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Gemeinsam werden Absichtserklärungen zur Dekarbonisierung und Digitalisierung von Zollverfahren unterzeichnet.
31.10.2023	Ein tadschikischer Staatsbürger wird vom Militärgericht des Zweiten Westbezirks Russlands zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Laut Gericht habe er 2022 mit sechs weiteren IS-Sympathisanten ein Sprengstoffattentat auf das FSB-Gebäude in Moskau geplant.
02.11.2023	Der Saudi Development Fund hat seine Bereitschaft erklärt, ein Darlehen in Höhe von 375 Millionen Saudi-Riyal (ca. 100 Millionen US-Dollar) für die Fertigstellung des Wasserkraftwerks Rogun in Tadschikistan bereitzustellen.
02.11.2023	In Odili bei Wahdat (Der Republik unterstellte Bezirke, RRS) wird ein Mann festgenommen, nachdem er auf sozialen Medien ein Video veröffentlicht hatte, in welchem er behauptete, Sicherheitskräfte hätten seinen Bruder gewaltsam rekrutiert sowie seine 82-jährige Großmutter geschlagen. Die Vorwürfe führten zu seiner Verhaftung wegen Aufrufen zu extremistischen Aktivitäten, berichtet Fergana Agency.
03.11.2023	Per Kooperationsabkommen zwischen der Drogenkontrollbehörde Tadschikistans und dem russischen Innenministerium stellt Russland Tadschikistan mehr als 250 Millionen Rubel (2,7 Millionen US-Dollar) zur Bekämpfung des Drogenhandels bereit.
06.11.2023	Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup belegt Tadschikistan mit 96 Punkten weltweit den ersten Platz bei der von Nutzern bewerteten Kategorie »empfundene Sicherheit«. Tadschikistan rangiert somit vor Staaten wie Finnland, Island, Kuwait, Luxemburg, Norwegen, Vietnam, die jeweils 92 Punkte erreichten.
08.11.2023	Irans Präsident Raisi wird in Duschanbe von Präsident Emomali Rachmon empfangen. Beide Seiten unterzeichnen insgesamt 19 Kooperationsdokumente zu Themen wie Visapolitik, Transportkorridoren sowie freien Wirtschaftszonen. Auch die Lage in Afghanistan war ein Schwerpunkt der Gespräche.
08.11.2023	Der afghanische Botschafter in Tadschikistan, Agbar, dementierte Berichte, wonach die Taliban einen eigenen Vertreter zum Leiter der afghanischen Botschaft in Duschanbe ernannt hätten. Agbar betonte, dass die Taliban keine Legitimität und bisher auch keinen Kontakt zur Botschaft aufgenommen hätten.
09.11.2023	Präsident Emomali Rachmon nimmt in Taschkent am 16. Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) teil. Der Gipfel einigt sich u. a. auf die Entwicklung von regionalen Transit-, Transport- und Logistikpotentialen und von kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Abbau von Handelshemmnissen.
13.11.2023	In seiner Ansprache an das Gipfeltreffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) in Riad spricht sich Präsident Rachmon für die Schaffung eines palästinensischen Staates aus.
21.11.2023	Bei einem Treffen in Moskau bedankt sich der russische Präsident Wladimir Putin bei seinem tadschikischen Amtskollegen Rachmon für die Förderung der russischen Sprache in Tadschikistan. Putin erwähnt die Eröffnung von fünf russischsprachigen Schulen im Land.
23.11.2023	Präsident Rachmon nimmt in Minsk am Gipfeltreffen der Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) teil.

24.11.2023	Beim Treffen zwischen dem Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Amin, und seinem aserbaidischen Amtskollegen Jabbarov einigen sich beide Seiten auf ein Investitionsprojekt zur Errichtung einer Öltraffinerie in der Freien Wirtschaftszone Dangara. Die Länder planen auch gemeinsame Projekte im Industriesektor, darunter Wasserkraftwerke, die Steigerung der Produktionskapazität des Aluminiumwerkes Talco und die Schaffung agroindustrieller Cluster.
29.11.2023	Eine Änderung des Strafgesetzbuchs führt verschärfte Strafen für den sexuellen Missbrauch von Kindern ein. Dieser soll fortan mit bis zu acht Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Nach Angaben des Innenministeriums wurden im vergangenen Jahr 49 sexuelle Gewalttaten gegen Minderjährige registriert, berichtet Fergana Agency.
01.12.2023	Bis zum 1. Dezember 2023 hat das Republikanische Zentrum für Prävention und Kontrolle von AIDS insgesamt 15.857 HIV-Infektionen und 4.358 damit zusammenhängende Todesfälle registriert. Seit 2016 stellt der Staat Medikamente zur HIV-Behandlung für Patient:innen kostenlos zur Verfügung.
05.12.2023	Kirgistan und Tadschikistan einigen sich über den Verlauf eines 24 km langen Grenzabschnitts, berichtet der staatliche Grenzdienst Kirgistans.
07.12.2023	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet über ein LGBT-feindlich motiviertes Gerichtsverfahren gegen eine Gruppe von Männern, welche wegen »Förderung von Pornographie« zu Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren Haft verurteilt wurden. Insgesamt seien 27 Personen zwischen April und Juni 2023 in verschiedenen Landesteilen inhaftiert worden, berichtet ein Anwalt der Verurteilten. Laut RFE/RL seien die Personen wegen des »Verdachts« auf Homosexualität inhaftiert und dann unter genannten Vorwand verurteilt worden.
12.12.2023	Nach einem bilateralen Treffen zwischen dem KNB-Vorsitzenden Jatimow und seinem kirgisischen Amtskollegen Taschijew in Batken geben beide Seiten bekannt, sich auf den Verlauf von weiteren 120 km der gemeinsamen Grenze verständigt zu haben, womit nun 90 % der gemeinsamen Grenze delimitiert sind.
13.12.2023	Das US-Finanzministerium und das US-Außenministerium weiten Sanktionen u. a. auf Unternehmen aus Kirgistan und Tadschikistan aus, die u. a. Computer und Luftfahrersatzteile an Russland geliefert haben, berichtet Fergana Agency.
13.12.2023	Die Deutsche Kreditbank für Wiederaufbau (KfW) wird zehn Millionen Euro für den Bau des Wasserkraftwerks Sebzor im Autonomen Gebiet Berg-Badachschan (GBAO) bereitstellen. Das Wasserkraftwerk, dessen Bau 2015 begann, wird eine Kapazität von 11 MW haben und mehr als 227.000 Menschen in GBAO sowie 468.000 Menschen in angrenzenden afghanischen Gebieten mit grüner Energie versorgen.
14.12.2023	Nach eigenen Angaben hat die OSZE mit finanzieller Unterstützung der EU 84 Offiziere der Grenztruppen Tadschikistans ausgebildet, um die Sicherheit an der südlichen Grenze zu Afghanistan zu stärken.
15.12.2023	In Moskau werden im Zusammenhang mit dem 2022 vereitelten IS-Anschlag auf das FSB-Gebäude in Moskau fünf weitere Staatsbürger Tadschikistans und ein aus Dagestan stammender russischer Staatsbürger zu Haftstrafen zwischen 16 und 22 Jahren verurteilt.
15.12.2023	Iran beschließt die Aufhebung der Visapflicht für Bürger:innen von 33 Ländern, darunter auch Tadschikistan, berichtet Fergana Agency.
15.12.2023	Der Bau des Wasserkraftwerks Rogun wird sechs Milliarden US-Dollar kosten. Dies geht aus dem Darlehensvertrag zwischen der Regierung Tadschikistans und dem Saudi Development Fund zur Finanzierung dieses Projekts hervor, berichtet Asia Plus .
15.12.2023	Der KNB-Vorsitzende Jatimow fordert beim GUS-Sicherheitstreffen in Minsk einen neuen Ansatz im Kampf gegen den Terrorismus. Er betonte die Notwendigkeit, die Ursachen und Hintergründe terroristischer Aktivitäten zu verstehen.
17.12.2023	Tadschikistan plant sein Internetnetz mit dem von China direkt zu verbinden, um den Internetzugang im Land zu verbessern. Der gesamte Datenverkehr des Landes läuft derzeit über einen staatlichen Anbieter. Das Netz soll entlang des derzeit ausgebauten Pamir Highway realisiert werden und eine neue internationale Hochgeschwindigkeits-Glasfaserkommunikationsverbindung schaffen.

Turkmenistan

17.10.2023	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende Gurbanguly Berdymuchamedow wird in Beijing vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping zum dritten Belt-and-Road-Forum mit Jubiläumsfeier anlässlich von zehn Jahren Belt and Road Initiative (BRI) empfangen. Bei bilateralen Gesprächen äußert Xi Interesse an einer Erhöhung des Handelsvolumens mit Turkmenistan. Es werden mehrere bilaterale Dokumente unterzeichnet, deren Inhalt unbekannt ist.
17.10.2023	Laut Turkmen.news wurden mehrere Dutzend turkmenische Staatsbürger aus Istanbul nach Turkmenistan abgeschoben, darunter der Regierungskritiker Serdar Durdylyjew.
19.10.2023	Laut Turkmen.news müssen Bewohner:innen von Turkmenabat (Gebiet Lebap) mittlerweile bis zu zehn Monate auf die Ausstellung von Reisedokumenten warten.
21.10.2023	Präsident Serdar Berdymuchamedow nimmt als Beobachter an einem Militärmanöver auf dem Truppenübungsplatz Ketele (Gebiet Ahal) teil, bei dem die Abwehr eines nicht näher spezifizierten Feindes u. a. mit Drohnen, Luftabwehr und Marinetauchern geübt wird.
23.10.2023	Außenminister Raschid Meredow nimmt in Luxemburg am 19. EU-Zentralasien-Außenministertreffen teil. Im gemeinsam verabschiedeten Kommuniqué wird die Fortführung der multilateralen Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen wie Handel, Wirtschaft, Energie und Konnektivität festgehalten. Die zentralasiatischen Staaten stimmen zu, Versuche zur Umgehung von gegen Russland verhängte Sanktionen so gut wie möglich zu unterbinden.
26.10.2023	Präsident Serdar Berdymuchamedow wird in Ankara von seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit empfangen. Insgesamt werden 13 gemeinsame Übereinkommen unterzeichnet, u. a. in den Bereichen Handel, Bildung, Medien und die Belieferung der Türkei mit turkmenischem Erdgas und Strom über das Kaspische Meer. Erdoğan bringt seinen Wunsch zum Ausdruck, dass Turkmenistan der Organisation der Turkstaaten (OTS) beitrifft. Auf dem anschließenden Geschäftsforum in Ankara gibt S. Berdymuchamedow bekannt, dass sich beide Seiten auf den gemeinsamen Bau eines Kraftwerkes mit einer Leistung von 1574 MW in Turkmenistan geeinigt haben, das nach Inbetriebnahme Strom in die Türkei liefern soll.
28.10.2023	Auf dem Global Gateway Forum in Brüssel unterzeichnen die EU und das Internationale Handelszentrum (ITC) ein Übereinkommen zur gemeinsamen Unterstützung für den Beitritt Turkmenistans zur Welthandelsorganisation (WTO), u. a. durch Projekte zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen- und mittleren Unternehmen in Turkmenistan.
31.10.2023	In Aschgabat findet das »Forum of the OSCE Secretary General and the Ministers of Foreign Affairs of Central Asian Countries« statt, bei dem u. a. die Themen Grenzsicherheit, Klimawandel und Möglichkeiten zur Erhöhung der innerregionalen Konnektivität besprochen werden.
03.11.2023	Der Nationalführer und Volksratsvorsitzende G. Berdymuchamedow nimmt in Astana als Beobachter am OTS-Gipfeltreffen teil.
03.11.2023	Laut dem turkmenischen Dienst von RFE/RL werden in Aschgabat hunderte Kinder wegen Masern in Krankenhäusern behandelt.
05.11.2023	Präsident S. Berdymuchamedow erklärt den 3. November zum jährlichen »Tag der Bau- und Industriearbeiter«.
06.11.2023	Beim 12. Treffen der Transportminister der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) in Taschkent einigen sich Usbekistan, Turkmenistan, Iran und Türkei auf die Schaffung eines multimodalen Transportkorridors. Der Plan sieht eine Verbesserung des Eisenbahntransportes, die Einführung gemeinsamer und kompetitiver Frachttarife und die Standardisierung und Harmonisierung von Transportregularien vor.
08.11.2023	Bei einem Gespräch zwischen Vertretern von Turkmengeaz und dem irakischen Elektrizitätsminister Ziad Ali Fadel in Aschgabat einigen sich beide Seiten auf die Belieferung des Irak mit jährlich neun Mio. Kubikmetern Erdgas aus Turkmenistan in den nächsten fünf Jahren. Das Erdgas soll nach Iran geliefert werden, von wo die gleiche Menge nach Irak exportiert wird. Finanzielle Details sind nicht bekannt.
08.11.2023	Präsident S. Berdymuchamedow ordnet die Entsendung von humanitären Hilfsgütern u. a. in Form von Medikamenten, Textilien und Nahrung nach Gaza an.
09.11.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in Taschkent am 16. Gipfeltreffen der ECO teil. Der Gipfel einigt sich u. a. auf die Entwicklung von regionalen Transit-, Transport- und Logistikpotentialen und von kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Abbau von Handelshemmnissen. Am Rande führt S. Berdymuchamedow bilaterale Gespräche mit seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit und jener im multilateralen Rahmen der ECO.

12.11.2023	Um »sich mit den technischen Merkmalen von Spezialmaschinen für den kommunalen Wohnungsbau vertraut zu machen« (TDH) entsendet Präsident S. Berdymuchamedow eine Delegation unter der Leitung des Bürgermeisters von Arkadag für fünf Tage nach Deutschland.
15.11.2023	Im aktuellen Women, Peace & Security Index steht Turkmenistan auf Platz 58 und ist demnach das sicherste Land für Frauen in Zentralasien. Laut Kritiker:innen verzerrt die selektive Berücksichtigung von Faktoren das Bild von der tatsächlichen Lage von Frauen in Turkmenistan.
17.11.2023	Präsident S. Berdymuchamedow empfängt den emiratischen Minister für Energie und Infrastruktur, Suhail Al Mazroui, und den iranischen Minister für Straßen und Städteentwicklung, Mehrdad Bazrpash, in Aschgabat jeweils zu Gesprächen über die jeweils bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie und Transport.
18.11.2023	Beim turkmenisch-iranischen Wirtschaftsforum in Aschgabat einigen sich beide Seiten auf die Ausweitung der bilateralen Zusammenarbeit im Erdgassektor und Kooperationsabkommen für den Bau von Straßen und Autobahnen im Gesamtwert von 550 Mio. US-Dollar und den Bau von Stromleitungen im Gesamtwert von 340 Mio. US-Dollar in Turkmenistan.
20.11.2023	Laut Chronika Turkmenistana wurde die Menschenrechtsaktivistin Soltan Atschilowa am Flughafen von Aschgabat bei der Ausreise nach Genf gehindert, indem ihr Pass von Grenzbeamten beschädigt und schließlich für ungültig erklärt wurde. In Genf wollte Atschilowa den Martin-Ennals-Preis für Menschenrechtsverteidiger entgegen nehmen, der ihr bereits 2021 verliehen wurde. Mehrere internationalen Menschenrechtsorganisationen verurteilen die Behinderung ihrer Ausreise.
21.11.2023	Bei der neunten Sitzung des turkmenisch-chinesischen Unterkomitees für Sicherheitskooperation in Beijing unter der Leitung der stellvertretenden Außenminister beider Staaten wird sich darauf geeinigt, »den Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus fortzusetzen und gemeinsam die Sicherheit und Stabilität der beiden Länder und der Region zu schützen.« Einzelheiten sind nicht bekannt.
23.11.2023	Laut der turkmenischen Helsinki-Stiftung wurde die turkmenische Menschenrechtsaktivistin Tadschigul Begmedowa beim Transit in Istanbul auf dem Weg von Warna (Bulgarien) nach Bischkek von den türkischen Behörden zurück nach Bulgarien abgeschoben und mit einem Einreiseverbot für fünf Jahre belegt.
28.11.2023	Der aserbaidjanische Wirtschaftsminister Mikayil Jabbarov eröffnet in Aschgabat eine Niederlassung der State Oil Company of Azerbaijan Republic (SOCAR). Bei anschließenden Gesprächen mit dem turkmenischen Präsidenten S. Berdymuchamedow und dem turkmenischen Außenminister Meredow einigen sich beide Seiten »auf die gemeinsame Suche nach neuen Formen der Partnerschaft, um die Handelsbeziehungen auszubauen.«
28.11.2023	Turkmenistan stimmt für eine Resolution der UN-Vollversammlung, die Israel aufruft die Besetzung der Golan-Höhen zu beenden und in die Grenzen vor dem Sechstagekrieg von 1967 zurückzukehren. Syrien hatte 1967 von den Golan-Höhen israelische Siedlungen am See Genezareth mit Artillerie beschossen.
29.11.2023	In Aschgabat tagt zum sechsten Mal das turkmenisch-chinesische zwischenstaatliche Komitee mit einem Gesprächsfokus auf Möglichkeiten zur Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit im Erdgasbereich, u. a. durch den möglichen Bau der Pipeline-Linie D und Partnerschaften im Transport- und Logistiksektor. Einzelheiten sind nicht bekannt.
02.12.2023	Präsident S. Berdymuchamedow nimmt in Dubai an der UN-Klimakonferenz (COP 28) teil. In seiner Ansprache kündigt er den Beitritt Turkmenistans zum Global Methane Pledge an, mit dem sich Unterzeichnerstaaten zur Reduzierung von Methanemissionen um 30 % bis 2030 verpflichten. Am Rande führt S. Berdymuchamedow bilaterale Gespräche u. a. mit seinem kirgisischen Amtskollegen Sadyr Dschaparow und dem emiratischen Minister für Präsidenschaftsangelegenheiten, Mansour bin Zayed Al Nahyan, u. a. über die Zusammenarbeit in Fragen des Klimawandels.
03.12.2023	Laut dem turkmenischen Fußballverband ist der im April 2023 gegründete FC Arkadag, benannt nach dem Ehrentitel vom Nationalführer und Volksratsvorsitzenden G. Berdymuchamedow, nach dem 20. Sieg in Folge vorzeitig Landesmeister geworden.
04.12.2023	Außenminister Meredow führt in Moskau bilaterale Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow über Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Kultur. Lawrow dankt der turkmenischen Seite für »die erhebliche Aufmerksamkeit gegenüber der russischen Sprache« und verweist auf die Gründung einer russisch-turkmenischen Universität und den Bau eines neuen Gebäudes des staatlichen russischen Dramatheaters in Aschgabat.
04.12.2023	Laut seinen Verwandten wurde der ehemalige RFE/RL-Korrespondent Chudaiberdi Allaschow am 1.12.2023 in seinem Haus in Kunjaurgentsch (Gebiet Daschogus) von Polizisten festgenommen. Seitdem fehle von ihm jede Spur.

04.12.2023	Laut Chronika Turkmenistana wurde der ehemalige Chef des staatlichen Chemiekonzerns »Turkmenchimija«, Nyjasly Nyjaslyjew, nach Verdacht auf Diebstahl von Staatseigentum festgenommen. Demnach war Nyjaslyjew vermutlich in den betrügerischen Export von Mineraldünger involviert.
06.12.2023	In seiner Ansprache an das Außenministertreffen der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres in Moskau fordert Außenminister Meredow die Anwesenden auf, die Ratifizierung der in der Teheran-Konvention von 2018 festgehaltenen Bestimmungen zur Überprüfung der Umweltverträglichkeit von Infrastrukturprojekten zu beschleunigen.
11.12.2023	Turkmenistan Airlines gibt die Wiederaufnahme der Direktflugstrecke Aschgabat–Moskau ab 15.12.2023 bekannt. Im Oktober wurden »wegen der aktuellen Situation im Moskauer Luftraum« alle Flüge ausgesetzt.
12.12.2023	Turkmenistan nimmt nicht an einer Abstimmung der UN-Generalversammlung über »einen unverzüglichen humanitären Waffenstillstand« in Gaza und die »unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller [israelischen] Geiseln« teil.
13.12.2023	Laut TDH hat Präsident S. Berdymuchamedow anlässlich des Internationalen Neutralitätstages am 12. Dezember 302 verurteilte Strafgefangene amnestiert.
16.12.2023	Außenminister Meredow wird in Kabul vom Taliban-»Außenminister« Amir Khan Muttaqi zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Energie und Transport und den aktuellen Stand der Bauprojekte Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline (TAPI) und der Hochspannungsleitung Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan (TAP) empfangen.

Usbekistan

18.10.2023	Gemeinsam mit anderen zentralasiatischen Republiken verurteilt das usbekische Außenministerium den vermeintlichen israelischen Luftangriff auf das Al-Ahli-Krankenhaus im Gazastreifen, meldet Fergana Agency. Wie sich später herausstellt war eine fehlgeleitete Rakete der Hamas für die Explosion verantwortlich.
18.10.2023	In Almaty und Schymkent, Kasachstan, werden mehr als 60 usbekische Bürger aus Arbeitssklaverei befreit. Fergana Agency berichtet, die Arbeiter hätten in Ziegelfabriken in Schymkent unter Zwang und ohne Bezahlung arbeiten müssen. Drei Verdächtige, darunter die Fabrikeigentümer, werden festgenommen.
20.10.2023	Das schwedische Unternehmen SSAB steht unter Verdacht, Stahl über Zwischenhändler in Usbekistan nach Russland zu liefern, trotz früherer Zusagen, die Lieferungen nach Russland einzustellen. SSAB hat nach Bekanntwerden dieser Informationen die Stahllieferungen an Kunden in Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan eingestellt.
24.10.2023	Die Väter zweier junger Männer aus Usbekistan, die von Grenzschutzbeamten erschossen wurden, fordern eine Untersuchung und Bestrafung der Verantwortlichen. Der Vorfall ereignete sich am 16. Oktober in der usbekischen Siedlung Buston (Gebiet Fergana). Angehörige und Zeug:innen berichten von einem Konflikt am Kontrollpunkt woraufhin die Beamten die beiden Männer erschossen hätten. Aus der Region gibt es Berichte über zunehmende Spannungen zwischen Anwohner:innen und den Grenzschutzbeamten in der Region.
24.10.2023	Auf dem 19. Ministertreffen »Zentralasien – Europäische Union« in Luxemburg unter Teilnahme von Außenminister Saidow vereinbaren die zentralasiatischen Länder und die EU, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen, um die Umgehung von EU-Sanktionen gegen Russland zu verhindern. Außerdem wird ein gemeinsamer Fahrplan zur Vertiefung der Beziehungen und zur Ausweitung der interregionalen Zusammenarbeit verabschiedet.
24.10.2023	In Samarkand findet das erste Ministertreffen der regionalen diplomatischen Plattform C5+1 (USA + zentralasiatische Staaten) statt. Das Treffen konzentriert sich auf die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Verbesserung der Investitionsbedingungen, die Entwicklung der digitalen und grünen Wirtschaft sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Gemeinsam werden Absichtserklärungen zur Dekarbonisierung und Digitalisierung von Zollverfahren unterzeichnet.
30.10.2023	In Taschkent findet eine nicht genehmigte pro-palästinensisch Kundgebung statt. 100 Demonstranten werden festgenommen, die meisten von ihnen kurze Zeit später wieder freigelassen.
31.10.2023	Laut Präsident Schawkat Mirsijojew wird Usbekistan der UN-Nahostagentur 1,5 Millionen US-Dollar bereitstellen, »um den Bewohnern des Gazastreifens jede erdenkliche Hilfe zu leisten«.
01.11.2023	Änderungen des Strafbuchgesetzes stellen ab sofort »die Förderung von Polygamie«, das Tragen von gesichtsverhüllender Kleidung (Niqab) in der Öffentlichkeit und die »Verbreitung von diskriminierenden Ansichten« aufgrund des Geschlechts unter Strafe. Das neue Gesetz sieht Geldstrafen und in einigen Fällen Freiheitsstrafen vor.
06.11.2023	Beim 12. Treffen der Transportminister der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) in Taschkent einigen sich Usbekistan, Turkmenistan, Iran und Türkei auf die Schaffung eines multimodalen Transportkorridors. Der Plan sieht eine Verbesserung des Eisenbahntransportes, die Einführung gemeinsamer und kompetitiver Frachttarife und die Standardisierung und Harmonisierung von Transportregularien vor.
09.11.2023	In Taschkent findet das 16. Gipfeltreffen der ECO statt. Der Gipfel einigt sich u. a. auf die Entwicklung von regionalen Transit-, Transport- und Logistikpotentialen und von kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Abbau von Handelshemmnissen.
10.11.2023	In Hairatan (Afghanistan) finden Verhandlungen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der usbekischen Eisenbahn, Narzullaew, und dem Leiter der afghanischen Eisenbahn, Scharafat, statt. Hauptthema ist der Wiederaufbau des Eisenbahnabschnitts Hairatan–Naibabad–Mazar-i-Scharif. Während des Treffens einigten sich die Parteien auf den baldigen Beginn der Bauarbeiten des genannten Abschnitts.
10.11.2023	Präsident Mirsijojew empfängt den italienischen Präsidenten Sergio Mattarella in Taschkent. Beide Seiten einigen sich auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit im kulturellen sowie wirtschaftlichen Bereich. Seit Jahresbeginn ist der Handelsumsatz zwischen Usbekistan und Italien um 30 % gestiegen, und das Portfolio gemeinsamer Projekte belief sich auf neun Milliarden Euro, berichtet Fergana Agency.
13.11.2023	In Kattakurgan (Gebiet Samarkand) wird ein 19-jähriger wegen »Präsidentenbeleidigung« zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, berichtet Gazeta.uz. Das Gericht verfügte über die Sperrung seines Instagram-Accounts. Der Angeklagte erklärte vor Gericht, dass er die von Mirsijojew verfolgte Politik nicht ablehne, sondern nur »wegen seiner Jugend und seiner Missverständnisse« beleidigende Worte über den Präsidenten geschrieben habe, berichtet Fergana Agency.

13.11.2023	Das UN News Center veröffentlicht einen Bericht, worin Besorgnis über den Zustand des karakalpakischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Tadschimuratow geäußert wird. Tadschimuratow war der Hauptangeklagte im Zusammenhang mit den Ereignissen in Karakalpakstan im Juli 2022 und wurde zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Laut dem Bericht ist der inhaftierte Journalist Folter und Misshandlung ausgesetzt.
20.11.2023	Laut der Vorsitzenden der Oliy Majlis, Narbajewa, listet ein neues Register Personen auf, denen die Arbeit mit Kindern verboten wird. Gelistet sind u. a. Personen, die zuvor wegen Mordes, Verbreitung von kinderpornografischen Inhalten, Gewalt gegen Minderjährige sowie Terrorismus verurteilt worden sind.
27.11.2023	Aus Namangan wird ein Masernausbruch mit 255 Erkrankten gemeldet, meldet das Komitee für Epidemien und öffentliche Gesundheit auf seinem Telegram-Kanal.
27.11.2023	Usbekistan und Saudi-Arabien haben Abkommen im Wert von 12 Milliarden US-Dollar unterzeichnet, um gemeinsame Projekte in verschiedenen Sektoren zu fördern, darunter Chemie, Energie, Landwirtschaft, IT und Infrastrukturentwicklung. Die Abkommen wurden während des Besuchs des saudischen Investitionsministers Al-Falih in Usbekistan getroffen. Präsident Mirsijojew betonte die Bedeutung der saudischen Investitionen, insbesondere in grüner Energie. Khalid al-Falih erhielt zudem den Orden »Dustlik« (Freundschaft) für seinen Beitrag zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen.
07.12.2023	Zu Ehren des 31. Jahrestages der Annahme der Verfassung Usbekistans begnadigt Präsident Mirsijojew 344 verurteilte Strafgefangene, die »ihre Taten aufrichtig bereuen.«
12.12.2023	In Doha wird eine diplomatische Vertretung Usbekistans eröffnet.
12.12.2023	Zwei usbekische Schulkinder, welche zwei Tage zuvor die »Ewige Flamme« in St. Petersburg gelöscht haben, werden zusammen mit ihren Eltern aus Russland ausgewiesen, berichtet der usbekische Dienst von RFE/RL. Demnach waren die Familien ohne gültige Dokumente in Russland. Straßenüberwachungskameras filmten die beiden 10- und 14-Jährigen, wie sie Schnee auf die Flamme warfen.
14.12.2023	Aus Taschkent wird eine starke Luftverschmutzung gemeldet. Die Stadt rangiert nach Delhi und Lahore weltweit auf Platz 3 der Städte mit der schlechtesten Luftqualität.
15.12.2023	Iran beschließt die Aufhebung der Visapflicht für Bürger:innen von 33 Ländern, darunter auch Usbekistan, berichtet Fergana Agency.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schmidt
 Lektorat: Rostam Onori
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin
 Prof. Dr. Martin Petrick, Justus-Liebig-Universität Gießen

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener
 Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>